

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2016



Leistungen für Hinterbliebene
Nord-Korea versus China?
Der politische Zeichenstift

Aktuell

- 3 SPD soll Blockadehaltung überdenken
Verbot für „DDR-Grenzer“ am Potsdamer Platz
Dauerhafte Erinnerung an Bärbel Bohley
Studien über Doping-Schäden

Recht

- 4 Auch Hinterbliebene können Leistungen erhalten

International

- 5 Flucht aus Nord-Korea
Kim wird Belastung für China
Kubanische Demokratie-Aktivistin verhaftet

Thema

- 6 Mit dem Zeichenstift gegen den real existierenden Kommunismus

Dokumentiert

- 8 Zwangsausgesiedelt und kaum entschädigt
- 9 Fundstück

Berichte

- 10 Ein Belgier in Berlin
Opfer 2. Klasse? – Das alte Thema
- 12 Wer nicht schreit, kommt nicht weit
Das verschwiegene Verbrechen
- 13 Was bleiben wird
„Geboren hinter Gittern“

Verbände

- 14 Demonstration
Projekt „Funktionärskinder“ sucht Zeitzeugen
- 15 Anwalt mit Feindberührung
Zuchthaus Waldheim im Fernsehen
27. Gedenkveranstaltung
- 16 Gedenkveranstaltung
Gedenktafel wird eingeweiht
Lesung mit Zeitzeugen
Neu erschienen

Service/Bücher

- 17 Der Kanzler und der Zeichner
- 18 „Demokratie jetzt“
- 19 Jugendlischer Widerstand

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Die Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft, die mit großem Erfolg bereits auf dem Berliner Alexanderplatz zu sehen war, erhält im Sommer 2016 ihren endgültigen Platz. Sie wird ab 17. Juni 2016 dauerhaft auf 1300 Quadratmetern im Innenhof des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg gezeigt.

Abbildung: Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Was wird aus der Stasiunterlagenbehörde und der Aufarbeitung? Die Öffnung der Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR war von Beginn an umstritten. Zu viele hatten Angst – wie sich heute zeigt, völlig unbegründet. Die Einsichtnahme der Opfer in die Akten, die das MfS im Auftrage der SED über sie geführt und angelegt hatte, bewirkte nicht, daß die Opfer über die Täter hergefallen sind, sondern sie hat Einblicke verschafft in das Innenleben der kommunistischen Diktatur und ihre Helfer.

Dennoch wäre es naiv zu glauben, daß die Arbeit der Stasiunterlagenbehörde von allen – egal, ob in der Bevölkerung oder in der Politik – geliebt wird. Aber darum geht es auch nicht. Es war und ist nötig, die Mittel der Repression in ihrer ganzen Breite öffentlich zu machen. Nachholbedarf besteht m. E. darin, auch die ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiter, die in der wohligen Umgebung der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland vor dem Fall der Mauer gelebt haben, aufzuspüren und sie zu zwingen, ihre Handlungen zu bekennen. Die inoffiziellen Mitarbeiter des MfS in der ehemaligen „BRD“ haben ihre Mitarbeit aus freien Stücken und sicherlich aus Überzeugung erklärt. Da mag es bei dem einen oder anderen IM in der ehemaligen „DDR“ auch andere Gründe gegeben haben. Im Moment jedoch läuft gerade die Diskussion darüber, was mittelfristig aus der BStU werden soll. Festzustellen ist auch, daß von politisch interessierter Seite „wissenschaftlich“ begründet eine Neustrukturierung – ich bezeichne das eher als Zerschlagung – der Stasiunterlagenbehörde durch eine Expertenkommission geprüft wird. Diese Expertenkommission wird dann dem Deutschen Bundestag Empfehlungen geben.

So honorig, wie die Kommission auch besetzt ist, bleibt für mich festzustellen, daß die eigentlichen Experten die Opfer sind, und das sind Hunderttausende. Es mag sinnvoll sein, Veränderungen in der Verwaltung der Behörde vorzunehmen. Auf jeden Fall muß auch künftig der ungehin-

derte Zugang der Nutzungsberechtigten – mit regionaler Erreichbarkeit – gewährleistet sein. Roland Jahn, der jetzige Leiter der Behörde, hat hervorragende Arbeit geleistet, und er hat ernsthaft versucht, dies zum Teil mit Erfolg, ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des MfS aus der Behörde an andere Dienststellen versetzen zu lassen. Er versteht sich vor allem als Fürsprecher der Opfer. Darum sind die Bemühungen von interessierter Seite, Roland Jahn nicht mehr für eine volle Amtszeit zu berufen, sondern nur kommissarisch zu beauftragen, entschieden zurückzuweisen. Hier sollten alle SED-Opfer und ihre Vertreter an einem Strang ziehen und durch Meinungsbekundungen gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung klarstellen, daß kein Schlußstrich unter die Aufarbeitung gezogen werden darf!

Sinnvoll wäre es m.E., Roland Jahn als Aufarbeitungsbeauftragten mit der ausschließlichen Anbindung an den Deutschen Bundestag und einem erweiterten Arbeitsfeld einzusetzen. Ein Bundesbeauftragter für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Gewaltherrschaft wäre mehr als nur ein Aktenverwalter, er wäre – ähnlich dem Wehrbeauftragten der Bundeswehr – ein Fürsprecher und Interessenvertreter der Opfer, auch mit dem Ziel, irgendwann einer Versöhnung näherzukommen. Aufarbeitung von Unrecht ist keine Sache von Legislaturperioden, im Zweifelsfall eine Aufgabe von Generationen. Darum bitte ich alle Leser: Melden Sie sich bei den Parteien im Deutschen Bundestag und bei der Bundesregierung durch Briefe, E-Mails, telefonische oder persönliche Ansprache bei entsprechender Gelegenheit, werben Sie dafür und fordern Sie, daß die Aufarbeitung nicht beendet wird, daß das Stasiunterlagenarchiv von Nutzungsberechtigten ungehindert weiter genutzt werden kann, und machen Sie deutlich, daß Roland Jahn eine herausragende Arbeit leistet und auch weiterhin eine wichtige Stimme für uns, die Opfer, sein kann.

Ihr Dieter Dombrowski

SPD soll Blockadehaltung überdenken

(uokg) Die Entlassung des Leiters der BStU, Roland Jahn, und seine Beauftragung als kommissarischer Leiter ist nach Auffassung des Bundesvorsitzenden der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski, ein Schlag ins Gesicht der Stasi-Opfer. Die ehemaligen Mitarbeiter des MfS und die ewig Gestrigen würden sich freuen. Werde doch deutlich, daß es in Deutschland keinen Respekt vor dem erlittenen Unrecht von Hunderttausenden Opfern der Stasi gebe.

Die Weigerung der SPD, Roland Jahn erneut zu berufen, zeige, daß politische

Ränkespiele offensichtlich wichtiger seien als Respekt vor den Opfern und der politische Wille zur Aufarbeitung staatlichen Unrechts in der ehemaligen DDR.

Die UOKG fordert die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, ihre Blockadehaltung zu überdenken. „Die Umstrukturierung der Stasiunterlagen-Behörde, die wir unterstützen, ist kein Grund, Roland Jahn nicht erneut zu berufen. Im Gegenteil: Die Umstrukturierung der Behörde aus dem Amt heraus ist sogar sinnvoll“, sagte Dombrowski.

Studie über Doping-Schäden

(ndr) Mehr als 700 ehemalige Sportler sollen sich bisher beim Doping-Opfer-Hilfeverein in Berlin gemeldet haben. Allerdings geht man von mehr als 12 000 aus, die in der DDR allein zwischen 1974 und 1989 systematischem Doping unterzogen wurden, u.a. mit anabolen Steroiden, die teilweise noch nie an Menschen getestet worden waren. Die Krankheitsbilder reichen heute von Leberschäden über Krebs bis zu Depressionen. Es muß von mehr als 2000 Betroffenen ausgegangen werden.

Der Chefarzt der Psychosomatik bei den Helios Kliniken Schwerin, Jochen Buhrmann, und der Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik in Greifswald, Harald Freyberger, wollen nun die Daten analysieren und auswerten, die der Doping-Opfer-Hilfeverein in den vergangenen Jahren gesammelt hat. In Fragebögen und Interviews sollen die Betroffenen ihre Situation schildern. Zudem wollen jeweils zwei Doktoranden in Schwerin und Greifswald ihre Dissertationen über die Langzeitschäden bei Doping-Opfern schreiben. Ziel der Studie ist vor allem, ein Stück Licht in das Dunkel zu bringen. Ein vollständiges Bild von den Leiden der ehemaligen Sportler gebe es bisher nicht, so Buhrmann. Die Ergebnisse der Studie könnten zudem helfen, entsprechende Therapien zu entwickeln.

Für die Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfevereins, Ines Geipel, ist die Studie ein entscheidender Schritt, vor allem in Hinblick auf die Rehabilitation der DDR-Dopingopfer. Bislang hatten diese oft Schwierigkeiten, vor den Sozialgerichten ihren Anspruch durchzusetzen. Die Studie sei eine neue Dimension. Besonders der organisierte Sport habe bisher diese Schadensbilanz komplett ausgesessen. Das sei mit einer solchen wissenschaftlichen Studie nicht mehr möglich.

Verbot für „DDR-Grenzer“ am Potsdamer Platz

(rbb) Ein als DDR-Grenzsoldat verkleideter Mann darf sich künftig nicht mehr auf dem Potsdamer Platz in Berlin für Geld mit Touristen fotografieren lassen und nachgemachte Visa-Stempel verteilen. Das geht aus einem am 9. Februar veröffentlichten Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts hervor. Geklagt hatte ein Schausteller, nachdem ihm das Bezirksamt Mitte eine Sondernutzungsgebühr verweigert hatte.

Der Bezirk argumentierte, die Tätigkeit des Mannes sei gewerblicher Natur und an der gewünschten Stelle nicht genehmigungsfähig. Vielmehr müsse der Potsdamer Platz als Ort der Erinnerung an die Berliner Mauer und Areal von herausragender städtebaulicher Bedeutung dem Betrachter möglichst unverfälscht erhalten bleiben. Dafür habe das Land Berlin ein umfang-

reiches Gedenkkonzept erstellt. Nutzungen wie diejenige des Klägers seien darin nicht vorgesehen, so die Begründung.

Das Gericht folgte nun größtenteils der Argumentation des Bezirks. Die Behörde darf die Nutzung des Platzes aus öffentlichem Interesse beschränken. Der als DDR-Grenzer Verkleidete hatte sich vor ein Mauersegment gestellt und dort mit Touristen fotografieren lassen. Die nachgemachten Visa-Stempel der DDR soll er gegen eine „Spende“ von zwei bis drei Euro vergeben haben. Nach seiner Meinung fügte sich sein „Geschichtsprojekt“ durchaus in das Gedenkkonzept des Landes ein. Außerdem sei es eine künstlerische Aufführung, die nicht genehmigt werden müsse. Gegen das Urteil kann noch Berufung eingelegt werden.

Dauerhafte Erinnerung an Bärbel Bohley

(mp) Berliner Bezirksverordnete haben die DDR-Bürgerrechtlerin als Namenspatin für eine Straße im geplanten neuen Wohngebiet am Mauerpark empfohlen. Die im Jahr 2010 verstorbene Mitbegründerin des Neuen Forums gehörte zu den Wegbereiterinnen der Friedlichen Revolution.

Die Initiative der Straßenbenennung ging von Hubertus Knabe, dem Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen aus. Er hatte vor mehr als einem Jahr den Namen der DDR-Bürgerrechtlerin für eine Straße am Mauerpark empfohlen. Trotz

ihres herausragenden bürgerrechtlichen Engagements erinnere bis heute in Berlin keine Straße an sie.

Die Arbeitsgemeinschaft Geschichte der Bezirksverordnetenversammlung Mitte stimmte im Februar dem Vorschlag zu. Bezirksbürgermeister Hanke begrüßte diese Entscheidung. Er sagte der Berliner Morgenpost: „Das neue Wohngebiet nördlich des Mauerparks würde durch den Straßennamen einen direkten geschichtlichen Bezug zu seiner Lage an der ehemaligen Grenze erhalten.“

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

Auch Hinterbliebene können Leistungen erhalten

Ansprüche aus dem Häftlingshilfegesetz und den Reha-Gesetzen

Aufgrund verschiedener Nachfragen soll hier noch einmal darauf hingewiesen werden, daß auch Hinterbliebene von rehabilitierten politisch Verfolgten Leistungen erhalten können.

Über § 18 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) stehen den nächsten Angehörigen, wozu Ehegatte, Kinder und Eltern zählen, Unterstützungsleistungen zu. Dabei spielt es keine Rolle, ob die strafrechtlich Rehabilitierten mehr oder weniger als 180 Tage inhaftiert waren. Voraussetzung ist jedoch, daß die nächsten Angehörigen durch die Freiheitsentziehung nicht unerheblich unmitttelbar betroffen waren. Bei Kindern ist dies z.B. der Fall, wenn sie schon vor oder aber während der Inhaftierung eines ihrer Elternteile geboren wurden. Weitere Voraussetzung für die Gewährung von Unterstützungsleistungen ist, daß die nächsten Angehörigen in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind.

Als in seiner wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt gilt, wer nach Abzug von Miete, einschließlich der Mietnebenkosten bzw. der monatlichen Aufwendungen für eine Eigentumswohnung/ein Eigenheim als Alleinstehender nicht mehr als 1045 Euro (Netto-Einkommen) zur Verfügung hat. Dieser Betrag erhöht sich für Ehepaare und andere Haushalte mit zwei Personen auf 1430 Euro. Kommen weitere im Haushalt lebende Erwachsene bzw. Kinder hinzu, erhöht

sich die Einkommensgrenze um jeweils 550 Euro. Bei der Berechnung dieser Einkommensgrenze wird das Familieneinkommen herangezogen.

Angehörige von Hingerichteten oder während der Freiheitsentziehung oder im Anschluß an die Freiheitsentziehung an deren Folgen Verstorbenen erhalten Leistungen auch dann, wenn sie nicht in ihrer wirtschaftlichen Lage beeinträchtigt sind.

Das oben Beschriebene steht ebenfalls Hinterbliebenen von ehemaligen Internierten der sogenannten Speziallager zu.

Die Antragstellung und Bewilligung läuft über die „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge“ in Bonn.

Witwen, Witwer und hinterbliebenen Lebenspartnern politisch Rehabilitierter, die an Schädigungen oder deren Folgen verstorben sind, welche sie in der Haft oder dergleichen erlitten haben, steht eine monatliche Grundrente in Höhe von 417 Euro zu.

entwickelten Figur der „Lebensverkürzung um ein Jahr“ auch dann sein, wenn das Todesleiden nicht Schädigungsfolge ist, die Folgen der Schädigung aber derart auf das schädigungsfremde Todesleiden eingewirkt oder mit ihm zusammengewirkt haben, daß der Beschädigte wenigstens ein Jahr früher gestorben ist, als es ohne die Schädigungsfolgen zu erwarten gewesen wäre.

Liegen diese Voraussetzungen vor, stehen den Hinterbliebenen verschiedene Grundrenten zu; so etwa der Witwe oder dem hinterbliebenen Lebenspartner eine Grundrente in Höhe von monatlich 417 Euro. Da es sich um eine Grundrente handelt, wird sie nicht zum Einkommen gerechnet und ist somit auch nicht auf sonstige Leistungen anrechenbar.

Neben der Grundrente können noch andere Ausgleichsleistungen zugesprochen werden (§§ 40a ff. BVG).

Ist ein rentenberechtigter Beschädigter *nicht* an den Folgen der Schädigung gestor-

ben, können der Witwe, dem hinterbliebenen Lebenspartner und den Waisen eine sogenannte „Witwen- und Waisenbeihilfe“ zustehen (vgl. § 48 BVG). Grundvoraussetzung dafür ist, daß der Beschädigte durch die Folgen der Schädigung gehindert war, eine entsprechende Erwerbstätigkeit auszuüben und dadurch die aus der Ehe mit dem Beschädigten hergeleitete Witwenversorgung gemindert ist. Die Höhe des Anspruchs richtet sich nach Höhe der Minderung der Witwenversorgung. Die entsprechenden Anträge sind bei den jeweiligen zuständigen Versorgungsämtern erhältlich.

Eine weitere Frage, die sich Hinterbliebenen von Beziehern der sogenannten Opferrente des öfteren stellt, ist, ob sie die Leistung für den Monat, in dem die Berechtigten verstorben sind, dem Versorgungsamt zurückerstatten müssen. Dies ist gesetzlich zwar nicht ausdrücklich geregelt, in diesem Zusammenhang kann jedoch § 102 Abs. 5 des sechsten Sozialgesetzbuches herangezogen werden, wonach Renten bis zum Ende des Kalendermonats geleistet werden, in dem die Berechtigten gestorben sind.

Geld hat noch keinen reich gemacht.

Seneca

Doch „der stacheldraht“ ist eine Bereicherung.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Darüber hinaus haben Angehörige von Rehabilitierten, die einen Anspruch auf Entschädigungsleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) hatten, einen Anspruch auf Hinterbliebenenrente. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Verstorbene verwaltungsrechtlich oder strafrechtlich rehabilitiert war (vgl. § 22 StrRehaG; § 4 VerwRehaG). Das Gleiche gilt, wenn der Verstorbene eine Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz besaß (vgl. § 5 HHG).

Die Hinterbliebenenrente ist in § 38 ff. BVG geregelt. Wenn demnach ein Beschädigter an den Folgen einer Schädigung gestorben ist, so haben die Witwe (dem Witwer stehen naturgemäß die gleichen Ansprüche zu, vgl. § 43 BVG), der hinterbliebene Lebenspartner, die Waisen und die Verwandten der aufsteigenden Linie (Eltern) Anspruch auf Hinterbliebenenrente. In diesem Zusammenhang gilt der Tod stets dann als Folge einer Schädigung, wenn ein Beschädigter an einem Leiden stirbt, das als Folge einer Schädigung rechtsverbindlich anerkannt und für das ihm im Zeitpunkt des Todes Rente zuerkannt war.

Ursächlich für den Tod soll die Schädigung nach der von der Rechtsprechung

Benjamin Baumgart, Jurist

Flucht aus Nord-Korea

Während des abgelaufenen Jahres erreichten 1277 Flüchtlinge aus dem „Paradies“ Kim Jong-uns südkoreanischen Boden. Diese Zahl stellt erstmals einen deutlichen Rückgang dar, vor zwei Jahren glückte noch 2896 Nordkoreanern das heimliche Verlassen ihrer Heimat. Alleinnige Ursuche für den aktuellen Rückgang

dürfte die massive Verstärkung der Wachen Pjôngjangs an den Grenzflüssen zu China sein, die nahezu alle Fliehenden zu überqueren versuchen.

Wie viele Fluchtversuche scheiterten, wie viele Geflohene hier erschossen oder auch von den chinesischen Behörden der

„Demokratischen Volksrepublik Korea“ ausgeliefert wurden, ist nur schwer abschätzbar. Die Flüchtlinge müssen sich jedenfalls durch das Riesenreich China schmuggeln. Haben sie in Vietnam, Laos oder Thailand eine südkoreanische Botschaft erreicht, werden sie nach Seoul ausgeflogen. Nicht selten dauert ein solcher Fluchtweg mehrere Jahre.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Kim wird Belastung für China

(dw) Seit die nordkoreanische Kim-Dynastie nach dem Tod Kim Il-sungs begonnen hat, mit eigenen Atomwaffen zu experimentieren, ist das Verhältnis zu China schlechter geworden. Unter Kim Jong-un droht inzwischen der offene Bruch. Trotz verschärfter Sanktionen und der Tatsache, daß China auf Distanz geht, erklärte Kim öffentlich nach seinem vierten Atomtest im Januar, er werde weitermachen. Nachdem er angeblich einen Beobachtungssatelliten in den Weltraum schießen ließ, kündigte er „weitere Satellitenstarts in Zukunft“ an. Chinesische Medien interpretierten die Abschüsse als verschleierte Tests für Trägerraketen, die irgend-

wann auch Atomsprengköpfe befördern könnten.

Kim Jong-un hat mit seinen jüngsten Provokationen sowohl die USA als auch Südkorea und Japan aufgeschreckt. Es folgten weitere Wirtschaftssanktionen. So beendete Seoul seine Zusammenarbeit mit Nordkorea in der Sonderwirtschaftszone Kaesong, in der ca. 54 000 Nordkoreaner für südkoreanische Firmen arbeiten und vor allem jährlich ca. 100 Millionen US-Dollar Devisen für Nordkorea erwirtschaften. Laut Berechnungen des südkoreanischen Verteidigungsministeriums fließen 70 Prozent davon in die nordkoreanische Aufrüstung.

Auch für China wird Kim zunehmend unberechenbar und gefährlich. Die Parzeiteitung „Global Times“, die bekannt für ihre Nähe zu den Vertretern eines harten politischen Kurses ist, forderte „ein Ende der strategischen Rücksichtnahme“. 60 Prozent der Chinesen oder vielleicht mehr würde Nord-Korea nur noch als Belastung für China und als „bösen Nachbarn“ empfinden. Pekings Politik sei zu schwach, sie setze nicht auf wirkliche Sanktionen. Die ungewöhnlich deutliche Sprache des Artikels zeigt die starke Beklommenheit, die Peking erfaßt hat, nicht zuletzt in der Gewißheit, daß die eigene Nordkorea-Politik ins Abseits führt, während die USA und Süd-Korea näher zusammenrücken. 

Kubanische Demokratie-Aktivisten erneut verhaftet

(igfm) Staatssicherheit und Polizei haben am 24. Januar mehr als 150 Demokratie-Aktivisten aus verschiedenen kubanischen Oppositionsgruppen festgenommen, berichtete die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Unter den Verhafteten war auch ein deutscher Journalist, der in Havanna das gewaltsame Vorgehen gegen die friedlich protestierenden „Damen in Weiß“ beobachtet hatte.

Die regimekritischen Gruppen, darunter die „Damen in Weiß“ und die Bewegung UNPACU, nahmen am 24. Januar an den 38. Protestmärschen im Rahmen der Kampagne „Todos marchamos“ („Wir alle marschieren“) für die Freiheit der politischen Gefangenen in Kuba teil.

Die Repressionen gegen die Bürgerrechtsaktivisten hatten bereits am Anfang der Woche begonnen. Wie die Sprecherin der „Damen in Weiß“, Berta Soler, der IGFM berichtete, wurden vom 18. bis zum 24. Januar auf ganz Kuba 387 Bürgerrechtler festgenommen. Den „Damen in Weiß“

Aliuska Gomez Garcia und Yamile Garro Alfonso wurden bei einem Protestmarsch am 24. Januar ihre T-Shirts vom Leib gerissen, weil darauf „Todos marchamos“ zu lesen war. Die beiden Frauen wurden in ihrer Unterwäsche in den Straßen Havannas zurückgelassen.

Der deutsche Journalist und Lateinamerika-Experte Dr. Benedikt Vallendar wurde am 24. Januar auf dem Bürgersteig vor der Kirche Santa Rita in Havanna Miramar verhaftet und mehrere Stunden lang verhört. Vallendar hatte zuvor den Gottesdienst in Santa Rita besucht und dann die gewaltsame Auflösung einer Demonstration der „Damen in Weiß“ beobachtet. Vallendar schreibt für mehrere katholische Medien, darunter die in Würzburg erscheinende Zeitung „Tagespost“ und die Katholische Nachrichtenagentur (KAN).

Vallendar berichtete nach seiner Freilassung zunächst einem evangelischen Pastor von den Vorkommnissen, danach kehrte er laut IGFM in sein Hotel zurück,

wo er sein Zimmer aufgebrochen und durchwühlt vorgefunden habe. Gefehlt habe jedoch nichts.

Die Pfarrei Santa Rita im Stadtteil Miramar in Havanna ist ein Treffpunkt der „Damen in Weiß“. Sie sind ein Zusammenschluß von Frauen, deren Männer und Söhne wegen Eintretens für die Meinungs- und Pressefreiheit verhaftet wurden. Gegründet wurde die Bewegung als Reaktion auf den kubanischen „schwarzen Frühling“ 2003, bei dem zahlreiche Regimekritiker festgenommen und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM, sieht in den jüngsten Übergriffen den Beweis für „die Angst des Regimes vor den Protesten der Demokratie-Aktivisten. Anstatt friedliche Proteste zu dulden und damit der Weltöffentlichkeit zu zeigen, daß die kubanische Regierung reformbereit ist, wird jeder Protest unterdrückt. Das ist eine schlechte Basis für den Dialog mit Europa über europäische Investitionen auf Kuba!“ 

Mit dem Zeichenstift gegen den real existierenden Kommunismus

Fritz Behrendts Weg von Anti-Faschismus über Sozialismus und FDJ-Zentralrat zum weltbekannten Karikaturisten

Von Ulrich Schnakenberg

Mai 1945. Der Krieg ist vorbei. Nur mit viel Glück hat der junge Fritz Behrendt (1925 – 2008) den Nationalsozialismus überlebt. Als anti-faschistischer Widerstandskämpfer in den besetzten Niederlanden war er Anfang des Jahres denunziert worden und hatte mehrere Wochen in der SS-Todeszelle verbracht. Nach der Befreiung Europas stand für den Deutsch-Niederländer – seine Familie war 1937 aus politischen Gründen nach Amsterdam geflüchtet – fest: „Eine gerechte, sozialistische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung [ist] der einzige Ausweg aus dem Sumpf; tatkräftige Teil-

alistische (Tito-)Jugoslawien wuchsen ebenso wie der Glaube an die Lehren von Marx und Engels.

Unter Honecker im Zentralrat der FDJ

Als ihn bald nach seiner Rückkehr eine Einladung aus der sowjetisch besetzten Zone erreichte, dort am „Aufbau des Kommunismus“ mitzuwirken, sagte der junge Idealist begeistert zu. Angekommen in Ostberlin, machte Erich Honecker, damals Vorsitzender der „Freien Deutschen Jugend“, den begnadeten Zeichner

im Mai 1949 zum „Referenten für Sichtwerbung“ im Zentralrat der FDJ.

Vollkommen isoliert, ohne jeden Kontakt zur Außenwelt, ohne Rechtsbeistand, ohne Freigang, ohne Zeitungen oder Bücher – dafür aber mit ständigen nächtlichen Verhören. Sich tagsüber hinzulegen und zu schlafen war ihm – wie allen anderen politischen Gefangenen auch – verboten. Gleiches galt für das Führen von Selbstgesprächen oder Singen. Eine Kommunikation mit anderen Häftlingen war nur über Klopfzeichen möglich. Aus Protest gegen die brutalen Haftbedingungen trat Behrendt zweimal in den Hungerstreik.

Wie damals in der sowjetisch besetzten Zone üblich, ließ man seine Angehörigen über seinen Verbleib im Ungewissen. Als Behrendts Bruder Hans den FDJ-Vorsitzenden Honecker persönlich aufsuchte, um Nachzuforschungen über das Schicksal Fritz' anzustellen, gab sich dieser ahnungslos: Fritz sei ja immer auf dem Rad unterwegs gewesen, vermutlich sei er irgendwo überfallen und in den Berliner Ruinen erschlagen worden.

Lebenszeichen und Befreiung

Trotz der hermetischen Abriegelung des Stasi-Gefängnisses gelang es dem inhaftierten Fritz Behrendt aber schließlich doch, seiner Familie ein Lebenszeichen zukommen zu lassen: Dank der Hilfe eines Mithäftlings hatte er sich eine winzige Bleistiftmine besorgen können, mit welcher er einige wenige Worte auf ein Stück Klopapier kritzelte und die Nachricht nach draußen schmuggelte. Fritz Behrendt war also noch am Leben! Unverzüglich schaltete seine Familie das niederländische Außenministerium ein, welches umgehend in Ostberlin intervenierte. Behrendts erst kurz zuvor erworbene holländische Staatsbürgerschaft bewahrte ihn so vor der Deportation nach Sibirien – einem Schicksal, das vielen anderen politischen Häftlingen der frühen DDR, unter ihnen zahlreiche ehemalige Gegner des NS-Regimes, nicht erspart blieb.

Kurz vor seiner Freilassung kam es durch einen Agenten des sowjetischen Geheimdienstes noch zu einer, wie Behrendt es später bezeichnete, Vernehmung „dritten Grades“. Nach dem überstandenen Verhör schwor sich der 25-Jährige: „Wenn ich das überleben sollte, werde ich mit allen Mitteln, die mir zur Verfügung stehen, an der Entlarvung des Stalinismus mitwirken und den Beweis erbringen, daß diese unmenschliche Diktatur mit dem humanistischen Grundgedanken des Marxismus nichts zu tun hat.“ Die Demaskierung



„Sprechen Sie ruhig offen über Ihre Einwände gegen unsere demokratische Ordnung“, undatiert (1950er Jahre). In diese frühe Zeichnung dürften Behrendts eigene Hafterfahrungen in der DDR eingeflossen sein.

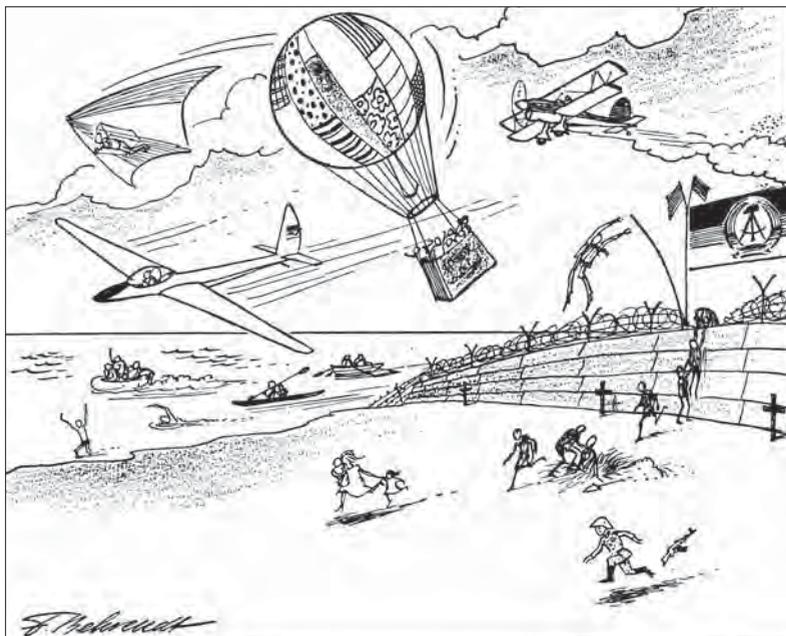
nahme an dem Kampf für eine bessere Welt die logische Konsequenz für einen Jungen, der zu den Überlebenden einer verlorenen Generation gehört.“

Voller Idealismus meldeten sich Behrendt und weitere Mitglieder seiner linksorientierten holländischen Jugendorganisation daher für einen internationalen Freiwilligeneinsatz im kriegszerstörten Jugoslawien, wo sie beim Bau einer Eisenbahnlinie im bosnischen Industriegebiet eingesetzt wurden. Dieser insgesamt gut einjährige Aufenthalt in Jugoslawien hat Fritz Behrendt nachhaltig geprägt: Er knüpfte dort lebenslange Freundschaften und seine Sympathien für das sozi-

mitgemacht und ihre Fahne immer in den Wind gehängt hatten, verteidigte Fritz Behrendt den jugoslawischen Weg zum Kommunismus auch dann noch, als dies aufgrund des Streits zwischen Tito und dem sowjetischen Diktator politisch nicht mehr opportun war. Honecker forderte ihn in der Folge zur „öffentlichen Abkehr“ auf, der berühmt-berüchtigten sozialistischen Selbstkritik. Als Behrendt sich weigerte, ließ man ihn kurz darauf verhaften.

In den Fängen der Staatssicherheit

Von Dezember 1949 bis Juni 1950 saß Behrendt sechs Monate in Stasi-Haft:



30 Jahre DDR, 27.9.1979. Der Kampf gegen Unrecht, Menschenrechtsverletzungen und Diktatur blieb für Fritz Behrendt (1925 – 2008) in seiner fünf Jahrzehnte währenden Tätigkeit als politischer Karikaturist *das* zentrale Thema.

der kommunistischen Utopie sollte dann tatsächlich bis zum Mauerfall 1989 bzw. dem Untergang der Sowjetunion 1991 Behrendts zentrales Thema werden.

Nach seiner Freilassung stellte Behrendt Honecker übrigens in einem persönlichen Gespräch zur Rede, woraufhin dieser lapidar antwortete: „In Zeiten politischer Spannungen ist allerhöchste Wachsamkeit geboten und da ist es besser, 99 Unschuldige zu durchleuchten als einen Schuldigen laufen zu lassen.“

Ein politischer Karikaturist von großem Einfluß

So erschütternd Fritz Behrendts Biographie ist, so beeindruckend sind seine zeichnerische Kreativität und enorme Schaffenskraft als politischer Karikaturist. Diese gingen mit einem ungeheuren publizistischen Erfolg einher. Über 50 Jahre, von den frühen 1950er Jahren bis zu seinem Tode im Jahr 2008, arbeitete er für die renommiertesten Zeitungen Europas: *Het Parool* in den Niederlanden, *FAZ* in der Bundesrepublik, *Weltwoche* in der Schweiz, *Kronen Zeitung* in Österreich, *Svenska Dagbladet* in Schweden. In regelmäßigen Abständen erschienen seine Zeichnungen zudem in zahlreichen amerikanischen Blättern; immer wieder wurden einzelne Abbildungen nachgedruckt (u. a. im Spiegel); selbst im fernen Japan überließ Behrendt der größten Tageszeitung regelmäßig ausgewählte Zeichnungen zur Veröffentlichung. Seine Karikaturen erreichten somit täglich Millionen Menschen.

In den fünf Jahrzehnten seines publizistischen Wirkens veröffentlichte Fritz Behrendt annähernd 20 000 Zeichnungen. Er beeinflusste so politisches Denken und Handeln in einem Ausmaß, von dem selbst viele andere einflußreiche Journalisten nur träumen können.

Im Kampf gegen Diktaturen

Indem er der westlichen Öffentlichkeit und Politik die Unmenschlichkeit der osteuropäischen Regime immer wieder in Erinnerung rief, hat der ehemalige Kommunist Fritz Behrendt mit seinen Karikaturen einen nicht ganz unwesentlichen Beitrag zum Zusammenbruch des Kommunismus geleistet. Mit dem Status quo wollte Behrendt sich nicht abfinden. Nie gab er die Hoffnung auf eine Befreiung Osteuropas auf.

Kurz nach der blutigen Niederschlagung des Ungarn-Aufstands schrieb er im Vorwort zu seinem Buch „Streng verboten“: „Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sich für Politik nicht begeistern können und Ihr Interesse weit wichtigeren Dingen zuwenden, z.B. Ihrer Familie, Ihrer Arbeit, Plänen für eine Ferienreise oder für irgendeine Neuanschaffung. Schließlich wollen wir alle ruhig und in Frieden leben, niemanden stören und womöglich nicht gestört werden ... Übrigens wollten das auch die Ungarn und nicht nur sie. Daher ihr Aufstand gegen ein System, das für all' diese kleinen menschlichen Reigungen und Wünsche weder Raum noch Verständnis hat. Zwischen Wladiwostok und Helmstedt sind Millionen Menschen

gezwungen, unter einem Polizeiregime zu vegetieren, das Alle und Alles kontrolliert. ... Wenigstens das uns verbliebene Stück freier Erde sollten wir vor den Schrecknissen einer Terror-Herrschaft zu schützen versuchen, im Interesse unserer Familie, unserer Arbeit, im Interesse der Ferienreisen, die wir so gerne selbst bestimmen und auch im Interesse der Neuanschaffungen, auf die wir alle so großen Wert legen.“

Der Kampf gegen Unrecht, Menschenrechtsverletzungen und Diktatur blieb bis zuletzt sein wichtigstes Thema. Aber während Behrendt bis 1989/90 immer wieder in oft sehr eindringlichen, manchmal drastischen Zeichnungen die brutale Einparteiensherrschaft östlich des Eisernen Vorhangs anprangerte, so verschloß er vor autoritären, rassistischen oder anderen kritikwürdigen Entwicklungen in der westlichen Hemisphäre keineswegs die Augen. Menschlichkeit über Grenzen hinweg, Völkerverständigung und die Einigung Europas blieben immer die zentralen Themen des politischen Zeichners Fritz Behrendt. Dies ist sein Vermächtnis.



Selbstporträt, ca. 1998.

(Dr. Ulrich Schnakenberg lehrt an der Universität Duisburg-Essen. Dieser Artikel basiert auf seiner ausführlicheren Darstellung des Lebenslaufes von Fritz Behrendt in: Helmut Schmidt in Karikaturen. Eine visuelle Geschichte seiner Kanzlerschaft. Mit Karikaturen von Fritz Behrendt, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2016, S. 188-211; siehe auch S. 17 in dieser Ausgabe.)

Zwangsausgesiedelt und kaum entschädigt

Gemäß dem Stasi-Unterlagen-Gesetz und entsprechenden Ländergesetzen sind die Landesbeauftragten nicht für die Verwaltung der Stasi-Akten zuständig, sondern seit über 20 Jahren für länderspezifische Belange im Umgang mit den Akten und für die psycho-soziale Bürgerberatung zu Fragen, Problemen und Konflikten, die sich aus SED-Unrecht und insbesondere der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit ergeben. Um den Opfern der SED-Diktatur gerecht werden zu können, haben die Landesbeauftragten in einigen Bereichen der Rehabilitation die Notwendigkeit gesetzlicher Änderungen gesehen und diese nach ihrer Konferenz im Februar 2016 veröffentlicht. Im Absatz über Zwangsausgesiedelte heißt es: „Die Zwangsausgesiedelten erhalten Rückgabe oder Entschädigung aufgrund der verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsbescheinigung nach § 7 VwRehaG. Individuelle Rehabilitierungen über BerRehaG und bei gesundheitlichen Folgen über das Bundesversorgungsgesetz sind nach §§ 8 bzw. 3 VwRehaG schon möglich. Die Konferenz sieht zurzeit keinen weitergehenden Handlungsbedarf.“ Die Publizistin Inge Bennewitz, selbst Zwangsausgesiedelte, hat sich daraufhin mit dem folgenden Brief an die Landesbeauftragten gewandt.

Berlin, 26.02.16

An die
Landesbeauftragten für die
Stasiunterlagen (LStU) und zur
Aufarbeitung der Folgen der
kommunistischen Diktatur (LAKD)
in den neuen Bundesländern

Liebe Frau Drescher, liebe Frau Poppe,
sehr geehrte Frau Becker-Neumann, sehr
geehrte Herren Gutzeit, Rathenow und
Dietrich,

mit Verwunderung habe ich in verschiedenen Medien von Ihrer gemeinsamen Erklärung erfahren, in der Sie behaupten, die bisherigen gesetzlichen Entschädigungsansprüche für Zwangsausgesiedelte seien ausreichend, und frage mich, was Sie so sicher macht. Ihre Verlautbarung widerspricht ganz eindeutig zwei unumstößlichen Fakten:

1. einer Statistik aus Thüringen, wonach bis Ende 2011 – gut 17 Jahre nach Inkrafttreten der für Zwangsausgesiedelte im 2. SED-UnBerG [SED-Unrechtsbereinigungsgesetz] festgeschriebenen Ansprüche – bei nur 11 Betroffenen (das sind 0,2% von ursprünglich 5300 Betroffenen) ein psychischer Gesundheitsschaden anerkannt wurde. Im Gegensatz dazu hat eine vom LStU M/V in Auftrag gegebene Studie der Uni Greifswald 2007 ergeben, daß 61% der Zwangsausgesiedelten psychisch erkrankten.

2. Die Schlußfolgerungen aus dieser Studie von Forschern um die international bekannten Professoren Carsten Spitzer und Harald Freyberger, nachlesbar in einem Aufsatz von mir in „Trauma & Gewalt“ (H. 4, 2015, S. 314–327), lauten: „So ist nicht nur aus psychiatrischer Sicht zu monieren, daß die aus dem 2. SED-UnBerG resultierenden

Folgeansprüche für Opfer nichtstrafrechtlicher Repression erhebliche Defizite im Hinblick auf angemessene Entschädigungsleistungen aufweisen.“ Weiterhin heißt es darin: Gerade die Anerkennung und Würdigung als Opfer sei ein zentraler protektiver, respektive salutogenetischer Faktor. „Aber nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt entscheidet der Umgang mit den Opfern politischer Verfolgung mit darüber, wie die Überwindung der deutsch-deutschen Teilung gelingen kann.“

Ihr Auftrag ist es, mit den Verfolgten zusammen – aber nicht gegen sie – zu arbeiten, schon gar nicht, ohne sich mit ihnen ausgetauscht zu haben. Mit unserer Resolution von Fulda, die einige Petitionen an den DBT [Deutscher Bundestag] mit Forderung nach Einbeziehung der Zwangsausgesiedelten in die Opferpension unterstützen sollte, wollte keiner von Ihnen etwas zu tun haben (scheinbar vorher abgemacht, aber nicht mit uns diskutiert), ich hörte sogar: „Wir müssen loyal sein.“ Mindestens Herr Dietrich hat sie lange vorher gekannt. Diese Petition ist abgelehnt worden mit der Begründung, die Zwangsausgesiedelten erfüllen die Voraussetzung (Leben eingesetzt) nicht, ich habe eine neue geschrieben und eine Einmalzahlung für jeden Betroffenen gefordert.

Ich habe den Eindruck, daß einige von Ihnen weder das als Standardwerk geltende Buch „Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze“ von I.B. [Inge Bennewitz] und Rainer Potratz noch meinen Beitrag in Trauma & Gewalt (H. 4, 2015) gelesen haben, insbesondere nicht die 4. Auflage des Buches (2011), die Beispiele für die Umsetzung der vermögensrechtlichen Ansprüche u. a. mit „Nullbescheiden“ und Statistiken mit beschämenden Ergebnissen enthält. Vielleicht weiß manch einer von Ihnen gar nicht, was eine Zwangsausiedlung im Sinne des 2. SED-UnBerG ist?

Sie muß immer mit individueller politischer Verfolgung zu tun gehabt haben, wird aber oft verwechselt mit einer durch die Adresse und nicht die Person bestimmte Wohnungsräumung aus pioniertechnischen Gründen an vorderster Front (wie in der Bernauer Straße, bei der Errichtung des Grenzübergangs Herleshäuser oder wenn Zäune bzw. Minenfelder errichtet werden sollten). Im UOKG-Wochenrückblick (7. KW) äußern sich zwei selbst betroffene Kommentatoren (Nr. 5, 6), die auch beides verwechseln, sie sprechen von Minenfeldern und Zwangsausiedlungen. Umzüge aus pioniertechnischen Gründen hat auch der Bund der Zwangsausgesiedelten (BdZ) lange als Zwangsausiedlung bewertet. Diese Verwechslung selbst durch Betroffene drückt sich auch in der vom Bundesamt für Justiz geführten Statistik aus: von 3118 Anträgen waren Ende 2011 nur 1911 positiv beschieden, 436 waren abgelehnt (Buch S. 224).



Gedenkstein für das im Zuge der „Aktion Ungeziefer“ geräumte und 1974 geschleifte Dorf Stresow in der Altmark.

Ich hatte das Glück, eine Familie zu finden, die beides erlebt hat: 1971(?) oder 1973(?) einen DDR-typischen Zwangsumzug, weil das Elternhaus abgerissen werden sollte und 1981 eine „politische Strafe“, weil der erwachsene Sohn durch die Elbe in den Westen geflüchtet war. [...]

Zwangsausgesiedelte können nach dem 2. SED-UnBerG Anträge stellen in Bezug auf

- Gesundheitsschäden,
- berufliche Nachteile und
- Vermögensverluste.

Der Ausgleich für **Vermögensverluste** kann nicht als Wiedergutmachung für politische Verfolgung betrachtet werden, da politisch nicht verfolgte DDR-Enteignete (z.B. westdeutsche Erben von DDR-Grundstücken, selbst hohe NS-Funktionäre) ohne Ansehen der Person durch den zeitlichen Vorsprung infolge des direkten Zugangs zum VermG (1990) [Vermögensgesetz] – und nicht über den für Zwangsausgesiedelte nötigen Umweg über das 2. SED-UnBerG von 1994 – besser abschneiden. Außerdem gab es viele Betroffene ohne Grundbesitz, viele, die wegen des Einreiseverbots ihr Grundstück an Verwandte verschenkt und diese es verkauft haben, für viele kommt anstelle von Restitution nur Entschädigung in Betracht, die nicht selten „Null“ lautet und in den Fällen, wo nach Rückzahlung der Entschädigungssumme restituiert werden konnte, stehen die Betroffenen meist vor Schrottimmobilen, deren Wertverlust ab 1992 nicht mehr nach dem VermG ausgeglichen wurde und die aus finanziellen Gründen doch irgendwann wieder verkauft werden müssen, was schwierig ist in dem für Investitionen uninteressanten Gebiet.

Beruf und Gesundheit: Thüringen hat einen Anteil von fast 50% aller Betroffenen. Im Freistaat haben geschätzt allerhöchstens 1% der Zwangsausgesiedelten einen Ausgleich für berufliche Nachteile bekommen (ich kenne einen Fall vom Hörensagen) und geschätzt allerhöchstens 1% für Gesundheitsschäden (s.o.) geltend machen können. In M/V ist unter den Beziehern einer Rente nicht ein einziger Zwangsausgesiedelter. Wie kann da die Rede sein von ausreichender Entschädigung für die Gruppe und damit jeden einzelnen?

In einer Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des DBT (WD7 – 3000 – 010/09) beschreibt ein Autor (Buch S. 230) einige Regierungsauffassungen zur Entschädigung der Zwangsausgesiedelten. Ich habe den über diese Verfolgungsart gut informierten Mann angerufen, er riet mir, mich an den DBT und meinen MdB zu wenden, das habe ich getan (mein MdB heißt Gregor Gysi), nur angeblich die falsche Form der Entschädigung (Opferpension) gewählt. Nach einer von Stephan Hilsberg in Auftrag gegebenen Studie bestehen dagegen keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

Im März 1992 hat der damalige Bundesminister der Justiz auf Grund von Recherchen festgestellt: bei den Aussiedlungen aus dem Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze handele es sich um „exceptionelle, individuelle politische Verfolgung“ – das ist kaum noch steigerungsfähig! Es gilt aber (in Anbetracht der statistischen Realität und abseits Ihrer bisherigen Auffassung) für **die einzige Verfolgengruppe, die zwar auffällig auf dem Papier, aber de facto keine Entschädigung bekommt, je-**

denfalls etwa mindestens 98% von ihnen bekommen keine.

Unpassend finde ich auch den Zeitpunkt Ihres Gangs an die Öffentlichkeit – fast zeitgleich mit dem Bekanntwerden der Initiative des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, der sich für die Zwangsausgesiedelten einsetzt. Man muß sich auch fragen, was die Präsidentin des BdZ, Marie-Luise Tröbs (Erfurt), dazu getrieben hat, sich an die Nachfolgepartei der Partei zu wenden, die ihre Zwangsausiedlung zu verantworten hat! Ich hoffe, daß Sie Ihre Auffassung ehrlich, verantwortungsbewußt und ohne Loyalitätsdruck überdenken, sonst kann ich meine Petition an den DBT ja gleich zurückziehen, obwohl ich von einigen früheren und heutigen MdB schon positive Signale bekommen habe, und bitte Sie um eine möglichst individuelle Stellungnahme, wenig couragierte „kollektive“ hatte ich in der DDR schon genug. Durch Ihre Verlautbarung wurden wir ohne Ihre Rücksprache mit uns in mehreren Medien diskreditiert, ich hoffe, daß Sie uns in denselben Medien rehabilitieren, wenn sich erweist, daß Sie ihre Auffassung revidieren müssen.

Es geht mir als selbst Betroffener nicht ums Geld, daran habe ich auch bei meinen kostenaufwendigen Recherchen zum Buch keinen Gedanken verschwendet. Es geht mir darum, daß das schwere Schicksal unserer Eltern, die fast daran zugrunde gegangen wären, endlich medienwirksam eine gesellschaftliche Würdigung erfährt.

In ziemlicher großer Fassungslosigkeit, aber dennoch mit freundlichen Grüßen

Inge Bennewitz

Fundstück

Ahnungslose Genossen

Dietrich Kittner war ein im Selbstverständnis linker Kabarettist aus Hannover. Ehemals der SPD zugehörig, aus der er ausgeschlossen wurde, war er ab Mitte der 70er Jahre eines der kulturellen Aushängeschilder der DKP, also der von der DDR unterstützten Variante der kommunistischen Bewegung. Eines Tages, es mag 1973 gewesen sein, trat er auf einer Veranstaltung der FDJ in Karl-Marx-Stadt vor Studenten auf. Der Veranstalter ermöglichte mir den Mitschnitt der Veranstaltung, so daß ich später die Texte abschreiben konnte.

Einige Texte wie etwa „Die Pille für NPD-Wähler!“ zitierte ich gelegentlich.

In dem Ermittlungsverfahren gegen mich wegen „staatsfeindlicher Hetze“ wurde neben Blair oder Giordano auf Kittner Bezug genommen. Während der Untersuchungshaft verbrachte ich 1974 mehrfach einige Zeit in einem Haftkrankenhaus, dort konnte ich täglich das Neue Deutschland lesen. Im Oktober, an dem Tage, als mich die Stasi aus dem Krankenhaus wieder abholte, konnte ich noch

schnell einen großen Beitrag über einen Auftritt Kittners im Friedrichstadtpalast zur Kenntnis nehmen. Die SED jubelte ihrem Genossen von der Westfront zu, und ich überlegte naturgemäß, wie ich dies verwenden könnte.

Zwei Tage später fragte ich den MfS-Menschen am Vernehmertisch, ob er das ND gelesen habe – was offensichtlich nicht der Fall war. Fortan war von Kittner und Kittnerscher Literatur im Ermittlungsverfahren keine Rede mehr. Es war ihnen allen Ernstes entgangen, daß Kittner ihr eigener politischer Ableger war.

Jürgen Busch

Ein Belgier in Berlin

Der Künstler Roger David Servais über sein Leben in der DDR

Ein Belgier zieht der Liebe wegen in den Ostteil Berlins, was Vorlage für ein Drehbuch sein könnte. Eine Ost-West-Beziehung aus Liebe – Leser dieser Zeitschrift werden sich erinnern, daß ich dazu manches aus eigener Erinnerung schreiben könnte. Aber hier ist die Rede



Foto: Lippmann

Servais während des Vortrags.

von dem 1942 geborenen Roger David Servais, einem Maler und Bildhauer. In den Räumen des Stasi-Museums Berlin hielt er zum Jahrestag des 15. Januars einen Vortrag über sein eigenes künstlerisches Werk und die Werke von Künstlern, denen er sich verbunden fühlte und fühlt. Dabei war seine Darstellung, welchen Begrenzungen die Kunst in der DDR ausgesetzt war, besonders beeindruckend. Servais ging auf Kulturfunktionäre und Staatskünstler ein, die ihm und seinen Kollegen das künstlerische Leben schwer machten. Einige dieser Staatskünstler kennt man schon aus der Zeit vor 1945. Interessant war die Gegenüberstellung von Bildern aus den Zeiten der beiden deutschen Diktaturen. Verblüffende Ergebnisse brachte dabei

ein Ratespiel: Welches der gezeigten Bilder gehört in welche Epoche? Einer dieser Leute, schon 1936 mit Preisen ausgezeichnet, bezeichnete die Tunnelbauer, also die Fluchthelfer der 60er Jahre, als Ratten. Der mit Servais befreundete Künstler Eberhard Göschel lehnte nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes eine in Dresden angebotene Professur mit der Bemerkung ab, daß er „mit denen“ nicht zusammenarbeiten wolle.

Doch weiter zu Roger Servais: Er nahm seinen Wohnsitz in Ost-Berlin, weil seine geliebte Frau eben diesen Staat viele Jahre lang nicht verlassen durfte. Im übrigen setzte er ihr in seinem Vortrag gewissermaßen ein Denkmal. Er stellte sie als sehr mutige Frau vor. Immerhin mußte sie es aushalten, daß die Behörden sie als mit einem „NATO-Bürger“ verheiratet und damit als „feindlich negativ“ einstufen. Erst die Gier der SED nach internationaler Anerkennung und die Intervention durch den belgischen König machten in den siebziger Jahren die Ausreise seiner Frau möglich. Als in der DDR lebender belgischer Künstler war Servais alles andere als systemkonform. Er hatte de facto Berufsverbot, denn seine Kunst enthielt verschlüsselte Botschaften, wie man sie z.B. auch von dem Leipziger Kupferstecher Baldwin Zettl kennt. Nur war Servais direkter als Zettl, noch näher an der Verhaftung wegen „staatsfeindlicher Hetze“. Vermutlich wurden beide Künstler letztlich durch ihre internationale Bekanntheit geschützt. Die eingesetzten Stasi-Spitzel,

im Fall Servais etwa der IM „Joachim“, waren zwar in höchstem Maße bösartig, jedoch am Ende ihr Geld nicht wert.

Servais nannte viele Beispiele von Künstlern, die sich und ihre Arbeit nicht den totalitären Machthabern unterordneten. Eines der Beispiele ist Annemirl Bauer, die ihr Selbstporträt hinter Gitterstäbe malte. Servais setzte mit Helmut Zielke, Robert Rehfeld und anderen solche Künstler ins Bild, die eher wenig bekannt sind.

Servais war u.a. mit Wolf Biermann befreundet, was einer der vielen Gründe dafür gewesen sein mag, daß ihn die Stasi mit den bekannten Zersetzungsmaßnahmen überzog. So lancierte man üble Gerüchte im Zusammenhang mit seinen Möglichkeiten, als Ausländer in den Westen reisen zu dürfen. Um überhaupt überleben zu können, erhielt er glücklicherweise die materielle Unterstützung von Künstlerkollegen, z.B. Wieland Herzfelde. Die 1972 entstandene Lithographie „Kinderraub“ thematisierte die später immer wieder diskutierten Zwangsadoptionen aus politischen Gründen. Hier darf man wohl sagen: Ein unglaublich mutiger Mann!

Roger David Servais, ein aus meiner Sicht großartiger Künstler, orientierte sich, vermutlich unbewußt, an dem russischen Historiker und Philosophen Andrej Amalrik, der sagte: „Die Andersdenkenden vollbrachten eine Tat von genialer Einfachheit. In einem unfreien Land begannen sie, sich wie freie Menschen zu benehmen.“ Man kann dies nur immer und immer wieder zitieren.

Bernd Lippmann

Opfer 2. Klasse? – Das alte Thema

Sind die Opfer der kommunistischen Diktatur Opfer 2. Klasse? In Brandenburg ist dieses alte Thema wieder einmal aktuell. Anlaß ist der Wunsch der AG „Lager Sachsenhausen 1945 – 1950 e.V.“, am Museum für das Sowjetische Speziallager Tafeln mit den Namen der ca. 12.000 Toten von 1945 bis 1950 anzubringen. Doch der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten verweigert der AG das Anbringen solcher Tafeln. Das Museum – für die, die es nicht wissen – wurde 2001 bewußt außerhalb des Lagerdreiecks errichtet und ist so weit im Boden versenkt, daß Besucher es vom

Lagergelände aus nicht sehen können. Selbst das große Holzkreuz, das vor einigen Jahren auf einem der drei Massengräber errichtet wurde und welches direkt an das Gelände anschließt, ist deshalb nur einen Tag vor seiner Aufstellung noch gekürzt worden. Die Idee ist eine strikte Trennung beider Verfolgungsperioden.

Zur Begründung sagte Prof. Morsch, daß solche Tafeln auch das ehrende Gedenken von NS-Tätern bedeuten würde. „Auf diesen Tafeln würden die Namen vieler NS-Verbrecher und Mörder stehen, die nach 1945 interniert worden waren“,

sagte er im Sommer 2015 in Weimar und bekräftigt das in mehreren Fernsehinterviews noch einmal mit den Worten: „... daß unter den 12.000 Toten natürlich auch nicht wenige waren, darunter sind Mörder der Kameraden von vor 45, derjenigen, die die KZ-Häftlinge umgebracht haben...“

Nun ist Sachsenhausen, ähnlich wie Buchenwald, Bautzen und andere Orte, eine Stätte mit doppelter Verfolgung, und hier ist unbestritten eine besondere Sensibilität gefordert. Das macht den Auftrag, in würdiger Weise beider Opfergruppen zu gedenken, sicher auch nicht leicht. Doch kein vernünftig denkender Mensch fordert hier oder andernorts die Ehrung

von NS-Tätern, und auch die Mitglieder der AG fordern das nicht. Es geht auch nicht um ein „ehrendes“ Gedenken, wie Prof. Morsch immer wieder betont, sondern um ein mahnendes Gedenken, so wie es an anderen Orten auch stattfindet. Aber stimmt die Aussage von Prof. Morsch überhaupt? Waren wirklich viele Nazimörder unter den 12 000 Toten des Lagers, Mörder wohlgemerkt, nicht Parteimitglieder oder NS-Funktionsträger. Bei „nicht wenige“ sollte es doch eine zumindest signifikante Prozentzahl sein.

Viele ehemalige Häftlinge und ihre Angehörigen fühlten sich durch solche öffentlichen Worte heftig verletzt. Auch ich sah mich plötzlich in eine Reihe mit NS-Verbrechern gestellt und schrieb daher einen offenen Brief an die Gedenkstätte, der spontan von vielen Betroffenen mitunterzeichnet wurde. Darin bat ich um konkrete, verlässliche Zahlen, wer von den Verstorbenen zuvor KZ-Häftlinge umgebracht habe. Nach über 23 Jahren Forschung sollte das der Gedenkstätte ja eigentlich möglich sein.

Der sich daraus entwickelnde Briefverkehr stimmt nicht nur nachdenklich, sondern gibt auch einen beklemmenden Einblick in die Einstellung der Gedenkstättenleitung. In der Antwort war nun nicht mehr von den 12 000 Toten, sondern ganz allgemein von allen Lagerinsassen die Rede, die in großer Zahl in NS-Verbrechen verstrickt gewesen waren. Pauschal wurde da von Block- und Zellenleitern, KZ-Wärterinnen, den Polizeibataillonen sowie NS-Funktionären geschrieben. Verstorbene, die zweifelsfrei an Ermordungen teilgenommen haben, waren jedoch nur vier namentlich angeführt.

Daß sich unter den Insassen der sowjetischen Lager nicht nur Unschuldige, sondern teilweise auch schlimmste Vertreter des NS-Staates befunden haben, ist allgemeiner Stand der Forschung und völlig unstrittig. Wie die genaue Zusammensetzung der Lagerinsassen hingegen war, ist auch heute, 25 Jahre nach Öffnung der Akten, noch immer nicht bekannt. So beklagt Prof. Morsch in seiner Antwort auch, daß „die Häftlingsgesellschaft immer noch nicht genau erforscht ist. Bekannt ist nur der Anteil der Großgruppen, also Internierte, SMT-Verurteilte, Ausländer und deutsche Wehrmachtsoffiziere.“

Das wirft nicht nur für mich die Frage auf, wie man dann aber zu einer derart unwissenschaftlichen Aussage kommt und sie auch noch mehrfach in den Medien wie-

derholt. Eine Bemerkung, die nicht nur nirgendwo empirisch belegt ist und von stark mangelnder Empathie für die Opfer nach 1945 zeugt, sondern die auch 25 Jahre Bemühen um Aufklärung über die sowjetischen Lager in Deutschland fundamental konterkariert. Einem Gedenkstättenleiter zudem schreiben zu müssen, daß sich kein Häftling aussuchen konnte, wer neben ihm auf der Pritsche lag, ist da schon fast trivial.

Da verwundert dann auch nicht mehr, daß meinem Hinweis auf die vielen Hungertoten im Winter 1946/47 entgegenhalten wurde, daß es in den deutschen Lagern zu Beginn des Krieges ebenfalls zu massenhaften Hungertoten gekommen sei, während „viele Deutsche aufgrund ihrer Raubzüge Gänseleberpastete speisten und Cognac tranken“.

Es stellt sich vielmehr die Frage, was die Gedenkstätte seit ihrer Gründung 1993 in Bezug auf die Opfer der 2. Diktatur eigentlich getan hat. Stolz verweist man darauf, daß 2001 vor Ort ein Museum zum sowjetischen Lager errichtet wurde, daß sich hier die größte Ausstellung zu dem Thema befinde. Das mag ja alles zutreffen, ist inzwischen aber 15 Jahre her, was geschah seitdem? Seit 1993 hat man es noch immer nicht geschafft, eine fundierte wissenschaftliche Analyse über die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft im Speziallager zu erstellen. Wäre das aber nicht eine der wichtigsten Aufgaben gewesen? Das ist Grundlagenforschung, ohne die überhaupt nicht seriös weitergeforscht werden kann!

Immer häufiger kommen bei Betroffenen Zweifel auf, daß die Gedenkstätte ihrer Aufgabe, „angemessene Formen des Gedenkens an die Verfolgten und Opfer vor und nach 1945 zu finden“, wirklich nachkommt. Blickt man einmal auf ihre Internetangebote, so stellt man schnell fest, daß sich von den 13 Dauerausstellungen nur eine einzige mit dem Sowjetischen Speziallager beschäftigt. Von den angebotenen zwei Onlineausstellungen, drei Sonderausstellungen und einer Werk-

stattausstellung beschäftigt sich keine einzige damit. Nur ein einziges von 15 angebotenen Projekten und Workcamps beschäftigt sich mit der Zeit nach 1945, und ähnlich ist es auch mit den angebotenen thematischen Führungen (14:1), Filmen (7:1) und pädagogischen Angeboten und Seminaren (10:0). Da fällt es schwer, hier überhaupt noch eine Form des Gedenkens an die Opfer nach 1945 zu finden.

In Briefen und E-Mails wandte ich mich seit Oktober 2015 an das zuständige Brandenburger Ministerium. Im Januar 2016 bekam ich nach mehreren Nachfragen endlich eine knappe E-Mail als Antwort. „Die Schwerpunktsetzung der Gedenkstättenarbeit liegt jedoch auch künftig auf der Zeit des nationalsozialistischen Konzentrationslagers“, schrieb man mir.

Und da sind wir dann auch wieder bei der Überschrift dieses Artikels: „Opfer 2. Klasse? – Das alte Thema“. Die Opfer der NS-Diktatur brauchten 30 Jahre beharrlicher Anstrengung, bis sie allmählich die ihnen gebührende Anerkennung in unserem Land fanden. Die Opfer der



Eingang zum Museum Sowjetisches Speziallager Sachsenhausen (2005).

stalinistischen Diktatur haben sie bei der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten noch heute nicht gefunden.

Zu begrüßen ist jedoch, daß mir Prof. Morsch auf meine Schreiben wirklich sehr ausführlich geantwortet und sich mit meinen Einwänden auch beschäftigt hat. Das zuständige Brandenburger Ministerium hielt, trotz ausdrücklicher Bitte, monatelang nicht einmal eine Eingangsbestätigung für notwendig. So kann man mit Opfern natürlich auch umgehen.

Alexander Latotzky

Wer nicht schreit, kommt nicht weit

Das Projekt DDR-Zwangsarbeit der UOKG

In der Demokratie gilt der Leitsatz: Wer nicht schreit, kommt nicht weit. Das kann man bedauern, aber es ist so. Wir haben uns darauf eingerichtet und wenden uns mit dem Thema Zwangsarbeit immer wieder an die Öffentlichkeit. Im Zentrum des Projektes stand im letzten

Jahr die Ausstellung „Hammer Sichel Stacheldraht. Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“. Auf 22 Tafeln wird hier die Zwangsarbeit in den Gefängnissen und Lagern der DDR dargestellt. Zeitzeugen berichten über Arbeitsbedingungen, seelische und körperliche Folgen. Eröffnet wurde die Ausstellung im Gebäude des Landtages von Sachsen-Anhalt. So mußten die

Abgeordneten des Landtages täglich an der Ausstellung vorbei. Keiner wird mehr sagen können, er habe nichts davon gewußt. Ab 7. April wird die Ausstellung im Roten Ochsen in Halle/Saale gezeigt. Wir wollen sie aber auch in die Rathäuser bringen, um Fernstehende damit zu konfrontieren.

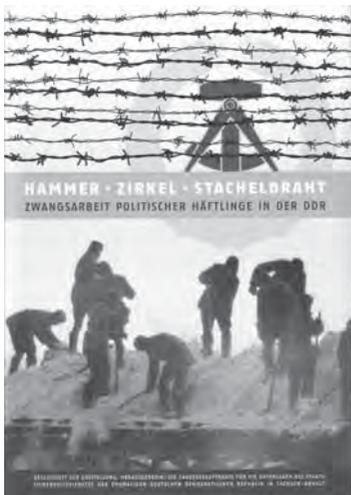
Gleichfalls im letzten Jahr entstand ein Buch, in dem der Rechtswissenschaftler Professor Weberling (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) nachweist, daß die heutige Bundesregierung eine Verpflichtung hat, sich um die bis heute andauernden Folgen der DDR-Zwangsarbeit zu kümmern. Zuarbeiten haben wir geleistet für die Sendung „Ausgebeutet für den Klassenfeind“ von Report Mainz, in der erstmalig auf die Rolle der chemischen Industrie hingewiesen wurde. Zwei Veranstaltungen in Thüringen (Ictershausen, Unterwellenborn) sorgten dafür, daß zwei vergessene Orte der Zwangsarbeit in die Erinnerung zurückgerufen wurden.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt. Sowohl Politik als auch Wirtschaft sollen lernen: Das Thema DDR-Zwangsarbeit werdet ihr nicht mehr los. Es macht Sinn, sich gleich darum zu kümmern.

Da gibt es einige Hoffungszeichen, wenn es auch viel zu wenige sind: Die Deutsche Bahn will im März 2016 ihren Bericht zur DDR-Zwangsarbeit vorstellen. Galeria Kaufhof hat sich für einen Freiwilligen Fonds ausgesprochen. Kai Wegner, Bundestagsabgeordneter der CDU, hält seit langem einen Entschädigungsfonds für sinnvoll. Wegner spricht aber auch regelmäßig an, was die Mitarbeiter des Projektes ebenfalls umtreibt: Was nützt eine Entschädigung, wenn sie erst in 20 Jahren kommt?

Wir werden die Öffentlichkeitsarbeit weiter vorantreiben, das Gespräch mit Politikern und Vertretern der Wirtschaft intensivieren. Der Weg wird, wie vorausgesagt, steinig. Inzwischen denken wir über neue Formen des Protestes nach. Denn wie gesagt: Wer nicht schreit, kommt nicht weit. Mehr unter: www.ddr-zwangsarbeit.info

Christian Sachse



Begleitheft zur Ausstellung.

Das verschwiegene Verbrechen

Im Dezember 2010 erfuhr ich von einer Sportkameradin meiner Frau die Geschichte des Schicksals ihrer Familie. Aufgrund meiner Erfahrungen mit der Schicksalsaufarbeitung von Jugendlichen, die 1945/46 von den Russen verhaftet worden waren, war ich der Meinung, daß dazu nicht länger geschwiegen werden dürfe.

Zwei Tage später durfte der Vater, nach Genehmigung durch das DDR-Grenzkommando, seinen toten Sohn auf dem Schlitten vom Westen in den Osten holen. Im naheliegenden Roggendorf wurde Hary Krause beerdigt. Die Familie wurde aufgerufen, Ruhe zu bewahren, und man bot ihr Schweigegeld an.

(jetzt Richter) am 23. Juni 2011 mündlich in Schwerin über das Schicksal der Familie Krause informiert und mit Einverständnis der Schwester Hannelore den Sachverhalt schriftlich am 14. Juli 2011 mitgeteilt. Die Landesbeauftragte hat die Geschichte der Familie Krause erstmals in ihrer Rede am 13. August 2011 in Zarrentin öffentlich gemacht. Anschließend hat Dr. Sandra Pingel-Schliemann weiter recherchiert für die Arbeit an ihrem Buch „Ihr könnt doch nicht auf mich schießen!“

Dank der Initiative der Autorin wurde am 31. Januar 2016 eine Metallskulptur des Künstlers Götz Schallenberg mit einer daneben stehenden Informationstafel eingeweiht. Der Künstler schuf die Skulptur eines fallenden Kindes, mit dem Herzschoß, das den Himmel schaut, wie an einem Tag im Winter 1951. Einen Beitrag leisteten auch Kinder und Jugendliche einer Waldorfschule aus Schwerin. Sie haben ein Theaterstück aufgeführt und die Einnahmen gespendet, damit das Jungen gedacht werden kann. Weitere Unterstützung wurde von der heutigen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Anne Drescher, gewährt. Anwesend waren ca.



Zahlreiche Kränze am neuen Ort der Erinnerung.

Am 31. Januar 1951 wurde auf dem Goldenensee bei Groß Thurow der zehnjährige Hary Krause von DDR-Grenzpolicisten erschossen. Der Goldenensee war Grenzgewässer, die Kinder aus Ost und West benutzten im Winter aber den gesamten See, u.a. zum Schlittschuhlaufen. Der Schuß traf Hary Krause mitten ins Herz, und von westlicher Seite wurde Erste Hilfe gewährt. Leider verstarb er an den Schußverlet-

Ein Jahr nach Harys Tod wurde die Familie Krause im Rahmen der Aktion „Ungezielter“ ausgewiesen und in einen Zug mit unbekanntem Ziel Richtung Osten gesetzt. Die Familie war wenige Jahre zuvor mit ihren vier Kindern aus Pommern geflohen und hatte in Groß Thurow neu gesiedelt. Die erneute Umsiedlung endete in einem Dorf bei Burg Stragard. Der Vater und die zwei älteren Brüder schwiegen zu Harys Tod, nur die Mutter und die Schwester Hannelore sprachen heimlich über ihn. Harys Grab in Roggendorf durften sie nicht mehr besuchen, und die Pflege wurde von Bekannten übernommen. Die Kosten dafür hat die Mutter regelmäßig überwiesen.

Ich habe die damalige Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Marita Pagels-Heineking

Fortsetzung auf Seite 13

Was bleiben wird

Zum 90. Geburtstag Erich Loests

Am 24. Februar trafen sich in Leipzig-Gohlis die engsten Freunde Erich Loests, um des Autors 90. Geburtstag zu feiern. Am Vormittag wurde die dortige Bibliothek nach Erich Loest (1926-2013) benannt, der sich am 12. September 2013 aus dem zweiten Stock des Leipziger Klinikums in den Tod gestürzt hatte. Abends fanden Lesungen in der Bibliothek statt. Die Freunde Erich Loests fanden sich anderswo zusammen, dort, wo 2006 der 80. Geburtstag gefeiert wurde, in der „Villa Ida“.

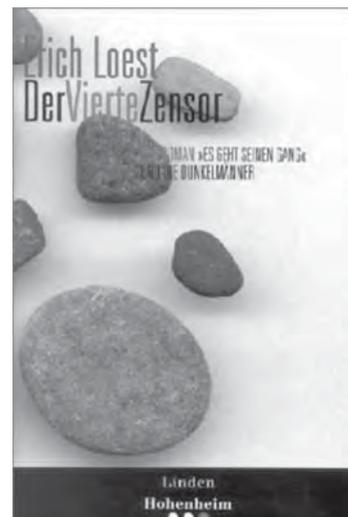
Drei Jahre nach seinem Tod darf man fragen, was bleiben wird von seinem umfangreichen Werk, dessen wertvollerer und diskussionswürdiger Teil nach siebenjähriger Haft im Zuchthaus Bautzen II geschrieben wurde. Da gibt es den Roman „Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene“, der nach langwierigen Kämpfen gegen die Zensurbehörden 1978/79 in zwei Auflagen von insgesamt 19000 Exemplaren erscheinen durfte, was den Bedarf der Leser (95000 Vorbestellungen) in keiner Weise befriedigte. Nicht zuletzt das Schicksal dieses Romans, das der Autor später in seinem Buch „Der vierte Zensor. Vom Leben und Sterben eines Romans in der DDR“ (Köln 1984) eindringlich beschrieben hat, führte

zu seiner Ausreise von Leipzig nach Osna-brück am 31. März 1981. Im Reisegepäck hatte er damals das Manuskript eines autobiographischen Buches, das noch 1981 in Hamburg unter dem Titel „Durch die Erde ein Riß“ erschien. Dieses Buch, in dessen Zentrum die Bautzener Jahre stehen, hätte in Halle oder Ostberlin nie erscheinen können, auch seine letzte Erzählung „Wäschekorb“ (2009) nicht, wo er die Lebensgeschichte zweier Leipziger aufblättert, beide geboren im Arbeiterviertel des Leipziger Ostens, beide mit authentischen, nicht fiktiven Lebensläufen, beide noch vor DDR-Gründung 1949 ins russische Arbeitslager Workuta am Eismeer verschleppt, von wo sie 1956 entlassen wurden.

Bleiben werden auch sein Leipzig-Roman „Völkerschlachtdenkmal“ (1984), worin er der Stadt, in der er seit 1950 lebte, ein literarisches Denkmal setzte, und der Roman „Sommergewitter“ (2005), der dem Arbeiteraufstand des 17. Juni 1953 gewidmet war. Diese überzeugende Auseinandersetzung mit dem Aufstand, seiner Vorgeschichte und seinen Folgen war ein Gegenentwurf zu einer Unzahl von DDR-Texten, die unter der politischen Prämisse „konterrevolutionärer Putschversuch“ standen.

Daß Erich Loest auch ein begabter Journalist war, das zeigen die im Sammelband „Als wir in den Westen kamen“ (1997) veröffentlichten Texte. Unter den rund 50 Beiträgen ist einer vom Herbst 1990 besonders hervorzuheben: „Stasi-Suppe zu Wachtelbrüstchen“. Es ging um eine Einladung der neuen Bundestagsmitglieder aus dem Beitrittsgebiet DDR in das Gästehaus Petersberg hoch über dem Rhein, die der Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels (CDU) ausgesprochen hatte. Ehrengast sollte der seit 1997 in Bonn wohnende Erich Loest sein, der nun befürchten mußte, am Tisch des Leipziger PDS-Abgeordneten Dr. Dietmar Keller plaziert zu werden, der zu DDR-Zeiten als inoffizieller Mitarbeiter den oppositionellen Schriftsteller Erich Loest im Auftrag der Staatssicherheit überwacht hatte. Genosse Keller war damals Sekretär für Kultur der SED-Bezirksleitung und nicht unschuldig an der Ausbürgerung Erich Loests 1981. Sollte er ihm neun Jahre später zugprostet? Erich Loest sagte die Einladung ab: „Der Bissen würde mir im Halse stecken bleiben!“

Jörg Bernhard Bilke



„Geboren hinter Gittern“

Viele Menschen in Ost und West kennen das große Denkmal im Treptower Park in Berlin. Dort hält ein sowjetischer Soldat

Fortsetzung von Seite 12

100 Personen, unter ihnen auch Harys Schwester Hannelore mit ihrem Ehemann.

Nach der Wiedervereinigung wurde der Fall Hary Krause zweimal juristisch geprüft. In den 90er Jahren untersuchte die Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) den Todesfall, das Verfahren gegen den Schützen vom Goldensee wurde zu den Akten gelegt. 2014 erstattete die Landesbeauftragte erneut Strafanzeige gegen den Schützen. Die Staatsanwaltschaft kam jedoch zu dem Schluß, daß ein vorsätzliches Tötungsdelikt nicht nachzuweisen sei.

Horst Vau

ein Kind auf dem Arm. Es soll zeigen, wie human die Rote Armee mit Kindern umgegangen ist. Der am 29. Januar im Berliner Abgeordnetenhaus voraufgeführte Film „Geboren hinter Gittern“ zeigt einen ganz anderen Umgang mit Kindern.

Der Film ist eine Gemeinschaftsproduktion von Havel-Film Babelsberg sowie des rbb und wurde von der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert. Er dokumentiert und erzählt emotional die Geschichte von Kindern, die in der Nachkriegszeit in sogenannten Speziallagern der Roten Armee in Deutschland oder der DDR geboren wurden. Nach der Auflösung der Lager überstellte der sowjetische Geheimdienst viele der weiblichen Gefangenen in das DDR-Frauengefängnis Hoheneck. Dort wurden die Kinder ihren Müttern weggenommen und in Kinderheimen untergebracht, wo sie im „Geiste des Sozialismus“ erzogen werden sollten. In diesen Zeitraum fallen die Schicksale von etwa

200 Kindern und ihren Müttern. Nicht alle Biographien sind bisher aufgeklärt.

Bei der Vorführung des Dokumentarfilms waren auch vier damalige Kinder dabei. Da gab es Barbara Kirchner (geb. 1946 in Sachsenhausen), Alexander Latotzky (geb. 1948 in Bautzen), Annemarie Link (geb. 1949 in Sachsenhausen) und Rüdiger Sachs (geb. 1950 in Hoheneck). Sie sind die Protagonisten des Films.

Die vier ehemaligen Kinder und Regisseur Hans-Dieter Rusch nahmen am anschließenden Podiumsgespräch teil, das dankenswerterweise vom Abgeordneten des Berliner Parlaments, Danny Freymark, moderiert wurde. Von ihm stammte auch die Idee für diese Filmvorführung.

Dankbar waren alle Teilnehmer auch dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Berlin, Andreas Gram, der in seiner Eigenschaft als Schirmherr der Veranstaltung beiwohnte.

Hanns Osterloh

Demonstration

Rentenschock – rückwirkender Eingriff in Rechtspositionen

(ch) Unter der Überschrift „Rentenschock“ berichtete im „Stacheldraht“ 6/2010 der juristische Berater bei der Beratungsstelle der UOKG über die per Einheit vollzogene Rentenkürzung bei den SED-Verfolgten, die vor dem Mauerfall bereits Bundesbürger waren. Hunderte von Betroffenen haben sich daraufhin an der ausgewiesenen Renten-Petition beteiligt. Diese führte dann nach Jahren zu einer vom Petitionsausschuß verfaßten, parteiübergreifenden Beschlußempfehlung – im Sinne der Betroffenen. Den Mitstreitern an dieser Stelle nochmals: Vielen Dank!

Nun aber hat die derzeitige Regierungskoalition im vorigen Jahr das Verfahren beendet, und der Petitionsausschuß stimmte entgegen seiner eigenen Beschlußempfehlung. Diesmal gegen die Petenten! Das Problem allerdings ist damit nicht aus der Welt und besteht fort. Die Betroffenen sind aufgerufen, jetzt für Recht und öffentlich zu demonstrieren:

Am 13. April 2016 (Sitzungswoche des Deutschen Bundestages), um 14.00 Uhr; Route: Von Berlin, Bereich

vor der Deutschen Rentenversicherung Bund, Ruhrstraße 2, zum Bereich vor dem Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

Teilnahmemeldung bitte an die Initiatoren/Veranstalter/Unterstützer:

Wolfgang Graetz: renten-demo@gmx.de,
Dr. Wolfgang Mayer: wol.mayer@web.de,
IEDF: renten-demo@gmx.de

Bringt auf Transparenten Eure Forderung hierzu mit!

Der Initiator fordert alle Teilnehmer dringend auf, keinerlei Abbildungen und Texte mit rechts- oder linksradikalem Inhalt mitzuführen und zu zeigen. 

Projekt „Funktionärskinder“ sucht Zeitzeugen

Im Rahmen eines Forschungsprojektes werden Zeitzeugen für die biographische Dokumentation „Funktionärskinder – Formen staatlicher Repression im Kontext der Funktionärseliten in der DDR“ gesucht.

Die Arbeit befaßt sich mit repressiven staatlichen Maßnahmen zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Leitbilder in der DDR, wobei auch und gerade von den Mitgliedern der Funktionselite des Staates eine vorbildhafte Anpassung an die gesellschaftlichen Normen verlangt wurde. Entsprechend den gesellschaftlichen Anschauungen resultierte daraus ein besonderer Druck auf die Kinder und Jugendlichen aus Familien, die zur Funktionselite des Landes gehörten.

Infolgedessen gerieten diese „Funktionärskinder“ bei Überschreitung gesellschaftlicher Vorgaben rasch in den Fokus der staatlichen Organe, insbesondere auch der Jugendhilfe. Zu deren Befugnissen gehörten bei Gefährdung der „Erziehung und Entwicklung des Kindes“ (§ 50 S. 1 FGB-DDR) auch die Maßnahmen zur Erziehung und Entwicklung des § 23 der Jugendhilferechtsverordnung (VHVO-DDR). Insbesondere bestand die Möglichkeit, die Anordnung der Heimerziehung im Kinderheim oder Jugendwerkhof auszusprechen.

Ausgehend von ausgewählten Fallbeispielen wird untersucht, in welchen besonderen Lebensumständen Kinder und Jugendliche im Umfeld der Führungsgruppen der DDR aufwuchsen und unter welchen Umständen und aufgrund welcher Anlässe in einer Reihe von Fällen es

auch zur Einweisung von „DDR-Funktionärskindern“ in Kinderheime sowie Jugendwerkhöfe kam. Dazu sollen Biographien von Kindern und Jugendlichen aus „Funktionärsfamilien“ aufgenommen, wissenschaftlich ausgewertet und für die politische Bildungsarbeit in publizistischer und medialer Form dargestellt werden.

Für die Forschungsstudie suchen wir Personen, die in Funktionärsfamilien aufgewachsen sind, sowie ehemalige Heimkinder und Insassen von Jugendwerkhöfen, deren Eltern (ein oder beide Elternteile bzw. Stiefeltern/-teile) als Mitglieder der Funktionselite der DDR hauptberuflich tätig waren als:

- Funktionsträger im SED-Parteiparat und/oder im Staatsdienst (Ministerien, Behörden, Verwaltung) einschließlich des diplomatischen Dienstes sowie Funktionsträger der Blockparteien (CDU, LDPD, DBD, NDPD)
- Angehörige der bewaffneten Organe der DDR (u.a. NVA, MDI, MfS, Volkspolizei)
- Mitarbeiter im Ministerium für Volksbildung; hauptberufliche FDJ-Funktionäre; Lehrerinnen und Lehrer, Lehrausbilder sowie Fach- und Hochschullehrer und leitendes Personal an Hochschul- und in Forschungseinrichtungen
- Mitarbeiter von Justiz und Zoll
- Betriebliche Führungskräfte und Leitungsebenen in Wirtschaftsunterneh-

men (Betriebsabteilungsleiter, Kaderleiter, Direktionsmitarbeiter)

- Journalisten und Mitarbeiter des staatlichen Rundfunks und des Fernsehens der DDR, der Presseorgane sowie Kunstschaffende in staatlichen Einrichtungen, festangestellte Leitungsmitglieder an Bühnen, bei der DEFA oder in den staatlichen Museen der DDR
- Leitende Mitarbeiter von Massenorganisationen (u.a. FDGB, DTSB, DFB, Kulturbund, GST)

Gerne geben wir Ihnen weitere Auskünfte!

Alle im Rahmen des Projektes gesammelten und ausgewerteten Angaben werden vertraulich behandelt und nur mit Ihrer schriftlichen Einwilligung zum Zwecke der wissenschaftlichen und bildungspolitischen Arbeit verwendet und damit zur Aufarbeitung der SED-Diktatur genutzt. Die wissenschaftliche Projektgruppe ist für die Umsetzung des Vorhabens auf Ihre Mithilfe und Ihr Vertrauen angewiesen. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf!

Ingolf Notzke, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, Tel. (034 21) 71 42 03, Fax (034 21) 77 66 41, E-Mail i.notzke@jugendwerkhof-torgau.de, www.jugendwerkhof-torgau.de

Marcel Piethe, Tel. (030) 64 09 35 66, Mobil (0170) 293 88 96, E-Mail mp@zeit-reisen.de 

Anwalt mit Feindberührung

Zum Tode Dr. Wolfgang Schnurs

Er starb, fast vergessen, am Samstag, dem 16. Januar, in einem Wiener Krankenhaus, völlig verarmt und fern von seinen Wirkungsstätten in Rostock und Berlin. Öffentlich bekannt wurde der Tod des IMB „Torsten“ erst eine halbe Woche später, am Mittwoch, dem 20. Januar, und das eher beiläufig, nur Tom Strohschneider, der Chefredakteur der einstigen SED-Zeitung „Neues Deutschland“, schrieb einen längeren Nachruf, voller Verständnis für dieses von Tragik überschattete Leben.

Dr. Wolfgang Schnur wurde am 10. Juni 1944 in der pommerschen Hauptstadt Stettin geboren und kam, noch kein Jahr alt, als Waisenkind nach Rostock. Er wuchs in Kinderheimen auf und legte das Abitur ab, nach einer Maurerlehre studierte er schließlich Rechtswissenschaft und wurde 1964, als er gerade 20 Jahre alt war, von Werbern des Ministeriums für Staatssicherheit angesprochen, die ihm eine „Verpflichtungserklärung“ abverlangten. So wurde er neben dem Studium, das er mit dem Titel Diplom-Jurist abschloß, zum „inoffiziellen Mitarbeiter mit Feindberührung“, der auch im 1969 gegründeten „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“, mit Sicherheit im Auftrag seiner MfS-Vorgesetzten, eine zweite Karriere durchschritt bis hinauf zum Vizepräsidenten der Synode.

Daß er Waisenkind war, das ohne Eltern, an die es sich in jugendlichen Nöten hätte wenden können, aufwuchs, haben sich die Menschenfänger der „Staatssicherheit“ in schamloser Weise zunutze gemacht. Sie berieten ihn, sie machten ihm Geld- und Sachgeschenke, sie ersetzten ihm Vater und Mutter. Solche Fälle, in denen ein Lebenslauf durch staatliche Einwirkung in eine völlig falsche Richtung gedrängt wurde, gab es vermutlich zu Tausenden im SED-Staat. Bekannt ist jener von „Ibrahim“ Böhme, der sein Unwesen in Thüringen trieb und über den Birgit Lahann das eindrucksvolle Buch „Genosse Judas“ (1992) geschrieben hat.

Frühzeitig hatte Wolfgang Schnur als „Kirchenanwalt“ auch Kontakt zu Pfarrer Horst Kasner (1926-2011) aufgenommen, der 1954, wegen des Pfarrermanangels, von Hamburg nach Quitzow/Mecklenburg übersiedelt war und seit 1957 in der brandenburgischen Kreisstadt Tem-

plin das „Pastoralkolleg“ aufbaute, wo SED-nahe Pfarrer ausgebildet wurden. Horst Kasner, der Vater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, war als „progressiver“ Kirchenfunktionär auch Mitglied des 1958 gegründeten „Weißenseer Arbeitskreises“, der linkssozialistische DDR-Theologen ideologisch förderte.

Im Oktober 1989, wenige Wochen vor dem Mauerfall am 9. November, wurde, zunächst inoffiziell, von den beiden Pfarrern Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer sowie von Wolfgang Schnur die oppositionelle Gruppe „Demokratischer Aufbruch“ gegründet, auf dessen offiziellem Gründungstag am 16. Dezember in Leipzig der Rostocker Rechtsanwalt zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Ein Vierteljahr später, im März 1990, noch vor den demokratischen DDR-Wahlen vom 18. März, wurde Dr. Wolfgang Schnurs krimineller Status als inoffizieller

Mitarbeiter 1964/89 der Staatssicherheit aufgedeckt. Er wurde aus dem „Demokratischen Aufbruch“, der später in der Ost-CDU aufging, ausgeschlossen und erkrankte schwer. Im Jahr 1993 wurde ihm wegen „Mandantenverrats“ die Zulassung als Rechtsanwalt entzogen, was 1994 vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigt wurde, 1996 verlor er einen Prozeß gegen die Bürgerrechtler Freya Klier und Stephan Krawczyk und wurde zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt, 1999 wurde er vorübergehend wegen Betrugs festgenommen. Sein ehemaliger Mandant Alexander Kobylinski, der 1984 wegen Verteilens von Flugblättern vor Gericht stand, hat unter dem Titel „Der verratene Verräter“ (2015) eine Biographie über ihn veröffentlicht.

Jörg Bernhard Bilke



Zuchthaus Waldheim im Fernsehen

Dr. Jörg Bernhard Bilke, der 1962/64 im Zuchthaus Waldheim einsaß, ist mit Hartmut Brix aus Liebertwolkwitz bei Leipzig, auch er ein Waldheimer, am 10. September 2015 unter der Linde und vor der „Bremen“ vom Fernsehen des

„Mitteldeutschen Rundfunks“ interviewt worden. Der halbstündige Film wird in der Reihe „Der Osten – Entdecke, wo du lebst“ am **22. März um 20.45 Uhr** im MDR-Fernsehen gezeigt.

JBB.

27. Gedenkveranstaltung

für das sowjetische Internierungslager Ketschendorf

Am **23. April 2016** um 11.00 Uhr findet ein ökumenischer Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche Fürstenwalde-Süd statt (Predigt: Propst Dr. Christian Stäblein); um 12.30 Uhr Fortsetzung der Veranstaltung in der Gedenkstätte an der Autobahn.

Am **24. April 2016** um 11.30 Uhr gedenken wir der Toten des Internierungslagers an den Namenstafeln auf dem Waldfriedhof in Halbe; kostenlose Fahrmöglichkeit nach Halbe und zurück;

Hinfahrt ab Bahnhof Fürstenwalde 10.15 Uhr, Rückfahrt gegen 13.00 Uhr.

Das Internierungslager Ketschendorf wurde Ende April 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht in der Arbeitersiedlung

der Deutschen Kabelwerke, der späteren Reifenwerksiedlung eingerichtet. Mehr als 10500 Menschen im Alter von 12 bis 72 Jahren wurden hier ohne Schuldfeststellung interniert, von ihnen kamen bis zur Auflösung des Lagers im Februar/März 1947 4722 ums Leben. Die Überlebenden wurden bei ihrer Entlassung mit Androhung von Strafe zum Schweigen über das Lager und ihre Erlebnisse verpflichtet.

Seit der Friedlichen Revolution findet zur Erinnerung an das Lager und zum Gedenken der Opfer jährlich eine Gedenkveranstaltung statt.

Weitere Auskunft: Sup. i.R. Eckhard Fichtmüller, Tel. (0160) 94 56 48 72, E-Mail: efichtmueller@web.de

Gedenkveranstaltung

der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. in Meiningen/Untermaßfeld vom 11. bis 13. März 2016 – 66 Jahre nach der Überführung von 1229 Sachsenhausener Tribunal-Verurteilten in die Strafanstalt Untermaßfeld

Programm

Freitag, 11. März 2016

ab 15.00 Uhr: individuelle Anreise zum Hotel, Zeit für Gespräche und Einstimmung auf die Veranstaltung

19.00 Uhr: „1813 bis 2013 – 200 Jahre Strafvollzug in Untermaßfeld“, öffentlicher Vortrag von Uwe Bornkessel (ehemaliger Vollzugsdienstleiter, Vorsitzender des Burg- und Heimatvereins Untermaßfeld)

Sonnabend, 12. März 2016

9.30–11.30 Uhr: Sonderführung durch einen Teil der JVA Untermaßfeld und das „Knast-Museum“ der Vollzugsanstalt, anschließend Kranzniederlegung am Gedenkstein vor der JVA

13.30 Uhr: Zeit für Gespräche mit Vorstand, Beirat und untereinander

16.00–18.00 Uhr: „Strafvollzug in Unter-

maßfeld im Wandel der Zeit“, öffentliche Vortragsveranstaltung mit Diskussion im Bürgersaal Untermaßfeld mit

- Uwe Bornkessel (für die Zeit bis 1950)
- moderiertem Zeitzeugengespräch (zu den Jahren 1950 – 1955)
- N.N. (Zeit 1955 – 1990)
- Vertreter der Anstaltsleitung Untermaßfeld (zum Vollzug seit 1990)

Sonntag, 13. März 2016

10.30 Uhr: Kranzniederlegungen an den Gedenkstelen im Parkfriedhof Meiningen
Worte des Erinnerns:

- Fabian Giesder, Bürgermeister der Stadt Meiningen
- Joachim Krüger, MDA, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
- Paul Radicke, Zeitzeuge
- Andacht mit dem evangelischen Pfarrer i.R., Michael Wagner

musikalische Umrahmung mit Bläsern 

Lesung

Vom 17. bis 20. März 2016 findet in Leipzig die Buchmesse statt. In diesem Rahmen wird die VOS Sachsen zwei Lesungen mit Zeitzeugen durchführen:

Donnerstag, 17.3., 16.00 Uhr:

In der Runden Ecke (bei Tobias Hollitzer), Dittrichring 24, 04109 Leipzig

„Ich sah die Mühlen Spuren mahlen, den Menschen tief ins Angesicht“, hrsg. 2014 vom VOS-Landesverband Sachsen, neun Zeitzeugen aus Wurzen, Leipzig und Chemnitz, u.a. Frau Thomas (geb. 1926); moderiert von Autorin Ariane Zabel, verantwortlich: Frank Nemetz, VOS Sachsen

Freitag, 18.3., 18.00 Uhr:

In der BStU (bei Frau Schild), BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig
„...und dann nahmen wir wieder am Leben teil“

Hrsg. 2015 vom VOS-Landesverband Sachsen, fünf Zeitzeugen aus Wurzen, Leipzig und Chemnitz, u.a. Andreas Laake; moderiert von Autorin Ariane Zabel, verantwortlich: Frank Nemetz, VOS Sachsen

Frank Nemetz

Gedenktafel wird eingeweiht

Als „Gruppe für die Gerechtigkeit von SED-Opfern“ werden wir am **24. Mai 2016 um 14.00 Uhr** eine Gedenktafel für die politischen Häftlinge des SED-Regimes an der ehemaligen Strafvollzugsanstalt Karl-Marx-Stadt, Reichenhainer

Straße 236, enthüllen. Gemeinsam mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden und der Unterstützung der Sächsischen Landesregierung ist es uns nach drei Jahren gelungen, dieses Vorhaben zu realisieren.

Neben allen Betroffenen und Interessierten sind der Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Minister der Bundesregierung, Ministerpräsident und Minister Sachsens sowie weitere Vertreter der Politik, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, Vertreter der politischen Häftlinge und die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz eingeladen.

Wir freuen uns über zahlreiche Gäste.

Dieter Gollnick, Mike Mutterlose

Thema Zwangsadoption vermitteln



Am ersten Februar-Wochenende dieses Jahres haben OvZ-Mitglieder und andere Betroffene, vorwiegend ehemalige Heimkinder, an einer Aktion der UOKG teilgenommen. Sie verschickten einen UOKG-Brief an alle 630 Abgeordneten des Deutschen Bundestages, u.a. mit dem Forderungskatalog der UOKG, der aufmerksam machen soll auf das Thema Zwangsadoption. Dem Brief lagen eine Broschüre über den UOKG-Kongreß zur Zwangsadoption und je ein Exemplar des Stacheldrahts bei.

Neu erschienen

(st)Die Broschüre des UOKG-Kongresses vom 7. November 2015 „Entrückte Biographien – Politisch angeordneter Kindesentzug im Unrechtsstaat DDR“ ist erschienen. Der 48 Seiten umfassende Text, gefördert von der Bundesstiftung Aufarbeitung, kann kostenfrei bestellt werden.

Für die Zusendung der Broschüre wenden Sie sich bitte an folgenden Kontakt, um Ihre Adresse mitzuteilen:

UOKG, Katrin Behr, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 93 51 (Geschäftsstelle der UOKG), Fax (030) 55 77 93 40, E-Mail info@uokg.de

Veranstaltungen

16.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Die „antifaschistisch-demokratische Erneuerung“ und die Errichtung der SED-Diktatur; Kurzvortrag: Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Historiker, Potsdam; Diskussion: Prof. Dr. Dierk Hoffmann, Historiker, Berlin, Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Prof. Dr. Rolf Steininger, Historiker, Innsbruck, Mod. Jörg Morré, Historiker, Dir. d. Deutsch-Russischen Museums, Berlin; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, Berlin-Mitte, Saal 311

17.3. (Do), 14.00 Uhr:

„Ich, Erich Mielke. Psychogramm eines Geheimdienstchefs“, v. Birgit Rasch u. Gunnar Dedio; Buchpräsentation u. Gespräch des Bürgerkomitees Leipzig im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Museum in der Runden Ecke, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Do), 18.00 Uhr:

Staat. Kirche. Opposition. Das Jahr 1981 im Blick der Stasi, Vortrag u. Gespräch mit Prof. Dr. Daniela Münkler, BStU, Ekkehard Maaß, Zeitzeuge; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Do), 18.00 Uhr:

„Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947)“ v. Andreas Weigelt, Klaus-Dieter Müller, Thomas Schaarschmidt, Mike Schmeitzner (Hg.); Buchvorstellung des Bürgerkomitees Leipzig im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Museum in der Runden Ecke, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Do), 19.30 Uhr:

In Haft bei der Staatssicherheit. Das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen, Podiumsdiskussion mit Dr. Julia Spohr, Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Beratungsstelle Gegenwind, Udo Hartmann, Zeitzeuge; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a. im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

17.3. (Do), 20.00 Uhr:

Horch und Guck. **„Kriegserklärung an Europa: Der Hitler-Stalinpakt und seine Folgen“**; Heftpremiere des Bürgerkomitees Leipzig im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Museum in der Runden Ecke, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

18.3. (Fr), 18.00 Uhr:

„Inhaftiert in Hohenschönhausen. Zeugnisse politischer Verfolgung 1945–1989“, v. Hubertus Knabe, Andreas Engwert, Ruth Stoltenberg; Buchpräsentation u. Gespräch des Bürgerkomitees Leipzig im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Museum in der Runden Ecke, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Der Kanzler und der Zeichner

Wenige Monate nach dem Tod Helmut Schmidts ist eine Würdigung der besonderen Art erschienen: Helmut Schmidt in Karikaturen von Fritz Behrendt. Folgerichtig ist es eine Publikation über beide geworden. Dem trägt auch die Form Rechnung, das Buch beginnt mit einem Essay von Manfred Görtemaker über Schmidt und endet mit einer ausführlichen Biographie Behrendts, die Herausgeber Ulrich Schnakenberg geschrieben hat (s. auch Beitrag S. 6 f. in dieser Ausgabe), der zu den führenden deutschen Experten für politische Karikatur des 20. Jahrhunderts gehört.

Der Essay führt zunächst in „Die Ära Schmidt (1974–1982)“ ein. Auch wer meint, sich gut an das Westdeutschland der 70er und 80er Jahre zu erinnern, wird erstaunt feststellen, wie viele tagespolitische Einzelheiten und Zusammenhänge in der Rückschau bereits verblaßt sind. Nur acht Jahre währte die Kanzlerschaft, die zu Beginn von großen Reformervorstellungen geprägt war, dann jedoch durch welt- und deutschlandpolitische Notwendigkeiten zu andauernder Krisenbewältigung geriet. Das ist vielleicht die Tragik der Kanzlerjahre Helmut Schmidts.

Wer annimmt, unsere heutigen Probleme seien neu, wird überrascht sein, denn neben dem Ost-West-Konflikt hatte Schmidt u.a. mit den Problemen Energieversorgung, Terror, Europa, Entwicklungsländer (damals nannte man das noch so), deutsch-polnische Beziehungen, Umwelt, Streit in der eigenen Partei, Renten und Spionageaffären zu kämpfen, auch CSU und CDU gerieten sich heftig in die Haare, und es gab Konflikte mit den USA und Großbritannien. Nur, was Finanzwelt wie Kleinsparer erzittern ließ, hieß damals nicht Deflation, sondern Inflation.

All das und mehr hat Fritz Behrendt kritisch und manchmal frech ins Bild gesetzt. Der Kanzler wird nicht immer entzückt gewesen sein, aber gewußt haben, daß es schlimmer ist, einer Karikatur nicht für wert befunden zu werden. Behrendt ist wohl für ihn so etwas wie das Gegenteil eines Hofmalers gewesen. Die ganzseitigen Zeichnungen werden jeweils ergänzt mit dem Jahr ihres Erscheinens und einem kleinen, pointierten Text, der den politischen Hintergrund erläutert.

Atemberaubend aktuell sind die Bilder zum Thema Terror, und nicht nur das, sie zeigen auch, daß mit Behrendt ein politisch

äußerst klarsichtiger Mann am Werke war. Die FAZ, für die er viele Jahre arbeitete, könnte heutzutage ohne weiteres z.B. jenes Bild veröffentlichen, auf dem ein Grab mit der Inschrift „Hier ruht die Weimarer Republik“ zu sehen ist. Gleich daneben hebt ein finsterner Geselle mit der Aufschrift „Terror“ eine neue Grube aus. Am Rande stehen „Feigheit“ und „Gleichgültigkeit“ in Trauerkleidung. Die Zeichnung trägt den Titel „Abwarten und hoffen?“.

Allein schon die Auswahl der Bilder beweist, daß der Zeichner, der oft eher in der konservativen Ecke verortet wurde, so nicht einzuordnen ist. Wenn es um Menschenrechtsverletzungen, Elend, Unrecht oder Diktaturen ging, teilte er ohne Rücksicht auf das politische Lager aus. Das ist nicht zuletzt seinem Lebenslauf geschuldet. Der Deutsch-Niederländer war in nationalsozialistischer und kommunistischer Haft gewesen. So, wie er nicht zum Hofmaler taugte, war er auch kein Parteizeichner. Und wenn Franz Josef Strauß bei den Abbildungen häufig schlechter wegkommt als Helmut Schmidt, könnte das auch an den Personen und nicht an der politischen Richtung liegen. Fritz Behrendt war ein herausragender Zeichner mit einer Fülle von Stilmitteln und Bildideen, der sicher und schnörkellos die wunden Punkte der Gesellschaft traf. Es wären ihm und uns mehr Nachfolger zu wünschen.

Daß Helmut Schmidt einiges zu sagen hatte zur heutigen Zeit, wußten wir schon. Daß Fritz Behrendt ihm darin nicht nachsteht, zeigt dieses ausgesprochen gelungene Buch.

Friedrich Rudolph



Ulrich Schnakenberg (Hg.): *Helmut Schmidt in Karikaturen. Eine visuelle Geschichte der Kanzlerschaft, mit Karikaturen von Fritz Behrendt und einer Einleitung von Manfred Görtemaker*; Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2016, 215 S., 16,80 €

„Demokratie Jetzt“

Aus eigenen Erinnerungen des Autors, unterstützt durch Notizen und Dokumente aus dem Umkreis seiner Mitstreiter, aus mühseligen Recherchen in der Stasiunterlagenbehörde und in verschiedenen anderen Archiven ist ein höchst lesenswertes Buch entstanden über das Werden und Wachsen der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, der ein ganz wesentlicher Anteil zukommt an der Friedlichen Revolution des Jahres 1989.

Im August 1986 richtete Ludwig Mehlhorn († 2011), dem das Buch gewidmet ist, einen eindringlichen Brief an die Berliner Bischöfe Forck (im Osten) und Kruse (im Westen), worin die Kirche aufgefordert wird, sich „unmißverständlich gegen Geist und Logik der Abgrenzung“ öffentlich auszusprechen.

Im Herbst 1986 kam es zu einer Solidaritätsaktion der Berliner Bartholomäus-Gemeinde für ihr in Haft befindliches Gemeindeglied Reinhard Lampe. Lampe ist bei einer Protestaktion an der Berliner Mauer am 25. Jahrestag ihres Bestehens verhaftet worden. Die Solidaritätsaktion weitete sich weit über die Grenze der Kirchengemeinde hin aus und brachte so Gleichgesinnte miteinander in Kontakt.

Im März 1987 verabschiedete der Gemeindegemeinderat derselben evangelischen Gemeinde, unter wesentlicher Beteiligung von Ludwig Mehlhorn und Stephan Bickhardt, einen Synodal Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, worin unter anderem Reisefreiheit verlangt wird. Dieser Antrag war an die Regionalsynode von Berlin-Brandenburg, die vom 24. bis 28.4. in Berlin-Weißensee tagte, gerichtet und wurde von Hans-Jürgen Fischbeck dort in einem Referat vorgestellt. Die Synode lehnte den Antrag mit knapper Mehrheit ab, und Fischbeck vermutete damals, daß die Stasi an dieser Ablehnung nicht ganz unbeteiligt gewesen sei. Durch Weigts Recherchen findet diese Vermutung nun ihre exakte Bestätigung. Nochmals wurde der Antrag an die Bundessynode im September 1987 in Görlitz eingereicht und wiederum abgelehnt.

Aber höchst seltsam: Dieser zweifach abgelehnte und damit eigentlich erledigte Synodal Antrag entfaltete ein Eigenleben und war fortan nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Dieses Papier gab Anlaß zur Bildung der Initiativegruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, und das war die Keimzelle von „Demokratie Jetzt“.

Im Mai 1989 verfaßte die Initiativegruppe einen Brief an „die Leitungsgremien der an der Ökumenischen Versammlung beteiligten Kirchen“, Dokument Nr. 19 in dem Buch. Dieser Brief ist in einer außerordentlich freimütig-offenen Sprache verfaßt. Der Leser – falls er diese Zeit im östlichen Deutschland erlebt hat – hält heute noch den Atem an, wenn er etwa mit Bezug auf das Wahldebakel vom 7. Mai liest: „Noch eine 'Wahl' nach dem alten Muster können wir uns nicht gefallen lassen.“

Die 21 Personen, die diesen Brief unterzeichnet haben, zeigten sich mit offenem Visier. Man beachte, daß über dem Land eine bleierne Schwere lag und daß man von dem dramatischen Herbst noch nichts voraussehen konnte. Wenige Tage nach dem Absendedatum des Briefes erschrak die Welt angesichts des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, und die Machthaber der DDR spendeten Beifall. In den Herbstmonaten kam dann alles ins Rollen. Am 9.9. gründete sich das „Neue Forum“, am 12.9. „Demokratie Jetzt“, und am 7.10. wurde die „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ (SDP) gegründet.

Einige der Gründungsmitglieder von „Demokratie Jetzt“ hatten über viele Jahre schon gute Kontakte nach Polen. In Polen gab es bereits im Frühjahr 1989 Rundtisch-Gespräche zwischen der damaligen Regierungspartei PVAP und der Gewerkschaft Solidarność. So verwundert es nicht, daß die Anregung zum „Runden Tisch“ in der DDR von „Demokratie Jetzt“ ausging. Erstmals tagte der Runde Tisch am 7. Dezember 1989 im Berliner Bonhoefferhaus. Eine seiner ersten Aktionen war die Etablierung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Entwurfs einer neuen Verfassung. Gerhard Weigt gehörte dieser Arbeitsgruppe an. Das Ringen um diesen Verfassungsentwurf und seine schließliche Ablehnung durch die erste demokratisch gewählte Volkskammer im April 1990 sind Gegenstand des letzten Teils des Buches.

Heinz Steudel



Gerhard Weigt: *Demokratie Jetzt. Der schwierige Weg zur deutschen Einheit*, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 520 S., 29,90 €

Veranstaltungen

19.3. (Sa), 18.00 Uhr:
„Wir haben nur die Straße. Die Reden auf den Leipziger Montagsdemonstrationen 1989/90“, v. Uwe Schwabe, Achim Beier (Hg.); Buchpremiere u. Diskussion des Bürgerkomitees Leipzig im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Museum in der Runden Ecke, Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

19.3. (Sa), 18.00 Uhr:
„Drangsaliert und dekoriert. Von der Kunst des Überlebens in der DDR“, Lesung u. Gespräch mit Horst Böttge, Autor, u. Nancy Aris, LStU Sachsen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a. im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

19.3. (Sa), 19.30 Uhr:
„Das Kahlschlag-Plenum. Die 11. Tagung des ZK der SED 1965“, Vortrag u. Gespräch mit Marcus Fensch, Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a. im Rahmen der Leipziger Buchmesse „Leipzig liest“; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

21.3. (Mo), 16.00 –

23.3. (Mi), 13.00 Uhr:

Armee einer Diktatur – Die Nationale Volksarmee, Seminar des Politischen Bildungsforums Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung; Tagungsbeitrag im Einzelzimmer 130,- €, im Doppelzimmer 110,- €; Ort: Roncalli-Haus, Max-Josef-Metzger-Str. 12/13, Magdeburg; Anmeldung: Brigitte Mansfeld, KAS e.V., Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt, Europe Direct Informationszentrum Magdeburg, Franckestr. 1, 39104 Magdeburg, Tel. (03 91) 52 08 87-101, Fax -121, E-Mail Brigitte.Mansfeld@kas.de

22.3. (Di), 18.00 Uhr:

Demokratie Jetzt – Der schwierige Weg zur deutschen Einheit, Buchvorstellung mit Autor und Zeitzeuge Dr. Gerhard Weigt; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5–7, 10178 Berlin

22.3. (Di), 18.00 Uhr:

Aktuelle Fragen der Spionagebekämpfung aus juristischer Sicht, Vortrag v. Joachim Lampe, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof i.R., Karlsruhe; Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Hamburger Politiker als DDR-Spione im Kalten Krieg“ d. Bibliothek d. Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg; Ort: Helmut-Schmidt-Universität, Hauptbibliothek, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg



Jugendlicher Widerstand

23.3. (Mi), 18.00 Uhr:

Die Oktoberrevolution und ihre Bilder in den Köpfen, Vortrag v. Dr. Anna Bohn, Cinemathek Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Zentrum f. Zeithistorische Forschung, Potsdam; Veranstaltung d. Lehrstuhls f.d. Geschichte Osteuropas a.d. HU Berlin u.a. in der Reihe „Talking about a Revolution!“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

5.4. (Di), 18.00 Uhr:

„Wahn und Methode – Schriftsteller und Stasi“, Vorführung d. Dokumentarfilms von und mit Joachim Walter und Heiner Sylvester; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

5.4. (Di), 18.00 Uhr:

Geschlossene Gesellschaft. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der DDR und in (Ost-)Deutschland; Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a. in der Reihe „Deutschland 2.0. Die DDR im vereinigten Deutschland; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.4. (Mi), 18.00 Uhr:

Die Oktoberrevolution und die französischen „fellow travellers“ in der UdSSR, 1917–1939: Von der Faszination zum Mißtrauen, Vortrag v. Prof. Dr. Nicolas Werth, Institut d'histoire du temps présent, Paris, Vortrag in franz. Sprache mit Simultanübersetzung; Veranstaltung d. Lehrstuhls f.d. Geschichte Osteuropas a.d. HU Berlin u.a. in der Reihe „Talking about a Revolution!“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

13.4. (Mi), 18.00 Uhr:

Die Oktoberrevolution in der Wahrnehmung der deutschen Sozialdemokratie, Vortrag v. Prof. Dr. Detlef Lehnert, FU Berlin; Veranstaltung d. Lehrstuhls f.d. Geschichte Osteuropas a.d. HU Berlin u.a. in der Reihe „Talking about a Revolution!“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

13.4. (Mi), 19.00 Uhr:

Wir dienen dem sozialistischen Vaterland! Festkultur und Selbstdarstellung der Geheimdienste in Bulgarien und der DDR; Veranstaltung der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden im Rahmen des 28. Dresdner Filmfestes; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

18.4. (Mo), 18.00 Uhr:

Archive als Akteure der Aufarbeitung, Vortrag u. Gespräch im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Transitional justice. Instrumente, Erfahrungen, Herausforderungen“ d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

(VT) Das an dieser Stelle bereits vorgestellte Buch „Wir liebten nur einen Sommer“ ist jetzt in einer zweiten, gestrafften und verbesserten Auflage erschienen. Mehr als ein halbes Jahrhundert brauchte der Autor, um seine Kriegs- und Nachkriegserlebnisse in der SBZ bzw. DDR zu verarbeiten und den nötigen Abstand zu gewinnen. Seine spannende Geschichte gegen das Vergessen, die er teilweise seinem Enkel anhand alter Bilder erzählt, stützt sich auf Tagebuchnotizen und Originaldokumente, auf selbstgefertigte Zeichnungen, alte Fotos, persönliche Erinnerungen und Interviews.

Die Kriegs- und Nachkriegszeit überstanden, erleben der Autor und seine Freunde bewußt die neue Aufbruchstimmung. Sie genießen ihre erwachende Liebe mit Freude und jugendlichem Übermut. Währungsreform und Berlinblockade und die Angst vor erneutem Krieg ändern ihre bisher noch offene politische Einstellung. Der ständige Vergleich zwischen dem aufblühenden freiheitlichen und demokratischen West-Berlin und dem ärmlich-grauen Alltag mit Parteiparolen und Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in der SBZ erregen ihren Unmut.

Was lange gärt, wird Wut! Sie beschließen, aktiv Widerstand zu leisten. Die Staatssicherheit schlägt zu. Verhaftungen, Folter, drakonische Strafen und Erschießungen in Moskau sind die Folge.



.....
Sigurd Blümcke: Jugend, Widerstand und Haftzeit 1944-52. Wir liebten nur einen Sommer! Heimdall Verlag 2016, 2. überarb. Aufl., 638 S., 26,90 €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März und April Geburtstag haben

Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Alfred Ganzer am 8. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März, Kurt Neumann am 2. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Werner Rösler, Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
 Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail baumgart@uokg.de

Martha Wedra, Juristin
 Mo–Fr, 8.30–10.30 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail wedra@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo–Fr, 14–16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
 Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

am 23. April, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kie-the am 27. April, Helmut Zock am 28. April

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Prof.Dr. Hans-Günter Aurich, Jakob Bittermann, Peter Bosse, Dr. Horst Böttge, Eberhard Büttner, Andreas Endresz, Pia Falck, Heike Fegeler, Klaus Fischer, Hans-Dieter Fritsch, Gerhard Gärtner, Bernd Hartwig, Uwe Rolf Hinze, Roland Jacobi, Heinz Jobs, Werner Keller, Claus Klappert, Friedrich Klausch, Otto Klingbiel, Horst Mundlos, Stefan Obst, Volker Pilz, Herbert Prenzel, Eike Christine Radewahn, Jürgen Ritthaler, Wolfgang Rullik, Siegbert Schmolke, Fritz Schüler, Gabriele Seidel, Edith Seidler, Norbert Sommer, Harald Steinke, Helge Vier-eck, Kerstin Walther, Herbert Winter

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48

Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01

BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck:

„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Jeder, der die Welt als ein Schach-spiel betrachtet, verdient zu verlieren.

Harold Finch

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunis-tischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Vorstandsbeauftragter:

Dr. Christian Fuchs

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,

E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,

IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,

E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. Februar 2016

